

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 3.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover,
Sonnabend, 30. Januar 1897.

Inserate kosten pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Burgstr. 41. Verlag: Goseriede 9A.

6. Jahrg.

Die Religion der Solidarität.

„Nun aber bleibt Glaube, Hoffnung, Liebe, diese Drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen“, schließt bekanntlich das Hohelied auf die Liebe im ersten Paulusbrief an die Korinther, und das Christenthum nennt sich demgemäß „die Religion der Liebe“. — Im Lichte der sozialistischen Geschichtsauffassung gelangen wir zu einem besseren Verständnis und richtiger kulturhistorischen Würdigung der christlichen Religion, als der ungemein seichte Aufklärungsliberalismus.

Wir wissen, daß das Urchristenthum aus den proletarischen Schichten jener Zeit hervorgeproßt ist, daß es die Religion des jüdischen Proletariats war, wie z. B. mehrere Jahrhunderte früher die Philosophie der Epiker (die sich späterhin zum Stoizismus entwickelte) die „Philosophie des griechischen Proletariats“. Selbstredend nicht des Proletariats im Sinne moderner Lohnarbeiter, aber ebenso wenig im Sinne des „Lumpenproletariats“ (wie bisweilen behauptet wird), sondern im Sinne der Armen, Besitzlosen, Geringstbemittelten, der „Mühseligen und Beladenen“, von harter Noth und schweren Sorgen Bedrückten, die bei aller Arbeitslust nur eine kümmerliche Existenz finden konnten. (Daß ihm auch Lumpenproletarier zuströmten, ist freilich nicht ausgeschlossen und natürlich.) Ihnen war die Erde nichts Anderes als ein „Jammerthal“, da ihnen in jener Periode jede Aussicht auf Besserung durch eigene Kraft wie durch fremde Hilfe versperrt war; heiläufig nichts verkehrter darum, als eine geringschägige Konfrontierung dieser trübseligen Auffassung mit dem lebens- und genussreichen Hellenismus.

Wo für eine gedrückte Schicht oder Klasse alle materiellen Wege zum Besserwerden verarmt sind, alle äußerlichen Mittel versagen, sucht sie Trost und Erhebung im Innern. Glaube, Hoffnung, Liebe war das innerliche Dreigestirn, womit die Christusreligion den nächtigen Himmel des Proletariats erleuchtete, entsprechend der psychologischen Trias: Denken, Fühlen, Wollen. Wer möchte leugnen, daß Jahrhunderte lang der Geist der Massen an jenen Glaubenslehren als an einem Schatz von Populärwissenschaft sich erquickte, daß die Hoffnung ihre Seelen erwärmte und die Liebe viele Herzen beseligte und manche guten Werke zeitigte, Hunger stillte, Thränen trocknete, Leiden linderte und selbst nicht wenig heilsame Einrichtungen zum Besten der Nothleidenden ins Leben rief. — Es ist krasser liberaler Aberglaube, zu meinen, der christliche Ideenkreis wäre die Ursache gewesen, daß die Massen ihr Joch geduldig schleppten und keine Anstrengung machten, ihre Ketten zu zerbrechen. Er war vielmehr die Wirkung, das Gewächs einer trostlosen, verzweifelten sozialen Lage. Es ist noch ein Residuum ehemaliger Ideologie und entspricht durchaus nicht dem ökonomischen Materialismus, nach welchem die materiellen Interessen weit mächtiger sind als alle Ideen, zu meinen, der Glaube habe jemals die Massen (bei vereinzelten Individuen mag es ja der Fall gewesen sein und noch sein) verhindert, ihre materiellen Interessen mit aller Kraft zu erstreben, wenn irgend welche Aussicht dafür vorhanden war. Das beste Zeugniß giebt das christliche Mittelalter, das sich durch den Glauben an das Jenseits und das jüngste Gericht nicht hindern ließ, seine materiellen Interessen mit den abscheulichsten Verbrechen und blutigsten Greueln zu verfolgen.

Das moderne Proletariat ist, dank der ökonomischen und politischen Entwicklung, in einer anderen Lage. Ihm ist die Perspektive auf Besserung und Befreiung erschlossen. Durch eigene Kraft. Ein anderes Dreigestirn leuchtet darum an seinem Horizont. Statt der Stabilität des Glaubens das kritische Wissen. Statt der passiven Hoffnung die That, der Klassenkampf. Statt der Sentimentalität der Liebe die aktionskräftige Solidarität. — Die Drei stehen im engen Zusammenhang, wie Stamm, Blüthe und Frucht. Wissen: das klassenbewußte Proletariat hat erkannt, daß der Klassenstaat seine historische Mission erfüllt hat und überflüssig und gemeinschädlich geworden ist; daß die heutigen Produktivkräfte und Produktionsmittel eine klassenlose Gesellschaft ermöglichen und erfordern, die keine Noth und keine Unterdrückung kennt; daß es ferner schon jetzt seine Lage ganz erheblich verbessern kann durch engen Zusammenschluß mit seinen Klassengenossen und energisches Eintreten für eine Reihe von Forderungen, die erfüllt werden können, ohne daß Produktion und Kulturent-

wicklung Schaden leiden, vielmehr zu ihrer kräftigen Förderung; es hat endlich erkannt, daß der Klassenkampf allein es zum Ziele führen kann. Demgemäß hat es sich von den illusorischen Hoffnungen losgesagt. Nichts hofft es vom Himmel, nichts vom guten Willen der Arbeitgeber oder der Regierungen, nichts von der Kirche, nichts von wohlmeinenden Ethikern, sondern hat sich aufgerafft, „ermant“, zum tapferen, vor keinen Verfolgungen, Maßregelungen, Drohungen, vor keinen sozialen Leiden zurückschreckenden Klassenkampf, den es mit einer Bravour kämpft, die von keiner Armee in Völkerkriegen jemals übertroffen ward. Es hat aber auch erkannt, daß dieser Kampf allein zum Siege führt durch die Solidarität, das lebendige Erfüllt- und Durchdrungensein von dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und Interessengemeinschaft der Proletarier aller Länder.

Wie könnte das Proletariat seine Rechte erobern, wenn es nicht durchdrungen von dem Entschluß: „Alle für Einen, Einer für Alle!“, wenn den im Feuer des Kampfes Stehenden die eigenen Berufs- und Klassengenossen als Streiberecher in den Rücken fallen und dem Feind, dem Kapital, den Sieg zuwenden? Dem Feind, nicht nur Derer, die im Kampfe stehen, sondern ihrem, der Streiberecher, eigenen Feind. Denn wenn auch die Arbeitgeber, so lang sie bedrängt sind, ihnen noch so freundlich um den Bart gehen und noch so gute Löhne bewilligen — sobald der Kampf vorbei und sie als Sieger triumphiren, blasen sie aus einem ganz anderen Horn, die Liebeshörigkeit weicht dem Kalt- und Hart Sinn, der Brutalität, die Löhne sinken rapid auf den Tiefstand der elendesten Hungerlöhne. Wie verblödet, kurzichtig und einseitig und wie schmachvoll dabei ist darum das verächtliche Metier der Streiberecherei. Lieber hungern und darben, als an den kämpfenden Klassengenossen, an der Solidarität zum Verräther werden! Das muß die Lösung jedes ehrenvoll gesinnten, ehrenhaft fühlenden Arbeiters sein.

Das urchristliche Proletariat hatte die Religion der Liebe, die ihm die Macht der Zeiten dürrig erhellte. Das moderne Proletariat hat die Religion der Solidarität, die als Morgenröthe in der Dämmerung strahlt, die dem Tag des Sozialismus vorangeht. Und wie von der Liebe, so gilt auch von ihr das gewichtige Wort des Paulus: „Sie stellet sich nicht ungeberdig, sie sucht nicht das Ihre, sie verträget Alles, sie duldet Alles.“

Vom Hafenarbeiter-Ausstand.

Die Erwartung, daß der gewaltige Ausstand, der das ganze Erwerbsleben Hamburgs beeinflusst, durch verständiges Entgegenkommen des Arbeitgeberverbandes zu einem die Arbeiter befriedigenden Abschluß geführt würde, hat sich wieder einmal als trügerisch erwiesen.

Der Arbeitgeberverband hatte drei Vertreter zur Entgegennahme der Wünsche der Arbeiter ernannt, denselben aber den Auftrag gegeben, sich auf keinerlei Verhandlungen einzulassen. Unter Zuziehung des Handelskammersekretärs als Protokollführer fanden die Verhandlungen am 16. Januar statt. Die Vertreter der Streikenden legten folgende Bedingungen für den Friedensschluß vor:

„Drei Arbeitgeber jeder in Frage kommenden Spezialbranche verhandeln mit drei Arbeitnehmern derselben Branche, als da sind: die Herren Emersführerbaase mit den Emersführern u. s. w. Diese sämtlichen Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer treten nach Beendigung der Spezialberatungen wieder zusammen, um sich über Erledigung der noch vorhandenen Differenzpunkte zu besprechen. Kann in dieser gemeinsamen Sitzung eine Verständigung nicht erzielt werden, dann wird weiter darüber berathen, auf welche Weise diese Fragen ihre endgültige Erledigung finden sollen, ob durch ein eventuell zu bildendes Schiedsgericht, und wie dasselbe zusammengesetzt sein soll. Die gefassten Beschlüsse werden dann sowohl den Arbeitgebern als den Arbeitnehmern zur Abstimmung unterbreitet. Bei Zustimmung von beiden Seiten wird der Streik für beendet erklärt. Erfolgt diese jedoch nicht, so treten aufs Neue die sämtlichen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen, um sich über das Weitere zu berathen. Die gefassten Beschlüsse sind im genauen Wortlaut sowohl bei den Spezialberatungen der einzelnen Gruppen, als bei den Gesamtberatungen zu Protokoll zu nehmen, von beiden Theilen zu unterzeichnen und ist jedem Theil eine Abschrift davon auszuhändigen.“

Ihr Einverständnis mit diesem Vorschlage, gaben die Streikenden am 18. Januar durch Annahme folgender Resolution Ausdruck:

„Die streikenden Hafenarbeiter und Seeleute erklären hierdurch ihr volles Einverständnis mit dem seitens ihrer Vertreter den Herren Arbeitgebern gemachten Vorschlag. Sie erblicken in demselben den einzig gangbaren Weg, die Differenzen schnell zu erledigen. Vor Allem betonen dieselben, daß sie gleich wie die Arbeitgeber den Wunsch hegen, einen möglichst dauernden Frieden herbeizuführen. Durch eine Wiederaufnahme der Arbeit ohne vorherige Vereinbarungen würde derselbe aber nicht zu Stande kommen. Nur durch die beiderseitigen Interessen berücksichtigende Abmachungen, welche die Arbeiter in ihrer großen Mehrzahl ihre Zustimmung ertheilt haben, kann dieser große Kampf, ohne Erbitterung auf einer der beiden Seiten zu hinterlassen, zu Ende geführt werden.“

Es hätte nur des guten Willens von Seiten des Arbeitgeber-Verbandes bedurft und der Streik wäre in wenigen Tagen in einer beide Theile befriedigenden Weise beigelegt worden. Dagegen hat er die Entscheidung unthätiger Weise vom Montag bis Donnerstag hinausgezögert, um dann folgende, trotz der seitherigen Stellungnahme des Verbandes, von keiner Seite erwartete Antwort zu geben:

„Der Arbeitgeberverband hat von seinen Vertretern den Bericht über die am Sonnabend mit Ihnen gehabte Besprechung erhalten. Aus den Besprechungen ging hervor, daß die Arbeiter auch heute noch kein Vertrauen weder zu den am 18. Dezember vom Senat gemachten Eröffnungen, noch zu den ihnen am Sonnabend seitens der diesseitigen Vertreter in bündigster Weise gegebenen Erklärungen haben, daß sofort nach Wiederaufnahme der Arbeit unter den Bedingungen und wie sie zur Zeit im Hafen zu haben ist, eine gründliche Untersuchung und thunlichste Abstellung der etwa vorhandenen Mißstände herbeigeführt werden solle. Der Arbeitgeberverband hat berechnete Hoffnung, daß auch heute noch der Senat bereit ist, auf Ersuchen beider Parteien die Leitung der Verhandlungen durch eines oder einige seiner Mitglieder zu übernehmen, wodurch den Arbeitern volle Garantie für Unparteilichkeit gegeben ist. Die Arbeitgeber haben den Arbeitern Entgegenkommen bewiesen, obgleich die Schwierigkeiten im Hafen größtentheils überwunden sind und täglich mehr schwinden, hauptsächlich, um den alten Arbeitern den Wiedereintritt in die noch offenen Stellen zu ermöglichen; sie hoffen, daß sie in der Lage sein werden, auch neben den neuangestellten Arbeitern eine größere Zahl alter Arbeiter zu beschäftigen, wenn sie nicht durch die Verlängerung des Streikes zur Heranziehung weiterer neuer Arbeiter gezwungen werden. Da die Arbeiter auf Entlassung der neuen Arbeiter bestehen und die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen wollen, als bis sie durch Verhandlungen KonzeSSIONen seitens der Arbeitgeber erzwungen haben, so besteht im Arbeitgeberverbande ungetheiltes Einverständnis darüber, daß auf dieser Grundlage ein Ausgleich nicht möglich ist.“

Den Arbeitgeberverband scheert nicht die öffentliche Meinung, welche gegen ihn ist. Er kümmert sich nicht um die Folgen, welche sein Verhalten nothwendig zeitigen muß, und die sich in einer schlimmen Nothlage derjenigen Kreise äußern, die auf die Hafenarbeiter als Konsumenten zu rechnen haben. Der Verband läßt unbeachtet die gewaltige Summe von Erbitterung und Haß, die bei den Hafenarbeitern Platz greifen muß durch die entehrende Zumuthung, zu kapituliren, ohne im Geringsten eine Garantie zu besitzen, daß die Uebelstände, um deren Befreiung die Arbeiter den Kampf unternommen haben, auch wirklich beseitigt werden und die Lohnfrage eine die Arbeiter befriedigende Lösung erhält. Der Geist des Königs Stumm schwebte über den Verhandlungen; den Eingebungen desselben sind die Arbeitgeber gefolgt. Die Folgen auf ihr Haupt.

Das prohenhafte Verhalten wird Tausenden der minder Kapitalkräftigen die Augen öffnen, wohin es führt, wenn die Produktionsmittel in den Händen Einzelner sich befinden, deren wirtschaftliche Macht nur noch übertroffen wird durch die grenzenlose Ignoranz dessen, was das öffentliche Wohl erheischt. Tausende werden mit uns, belehrt durch das gemeinschädliche Vorgehen, kämpfen, um ferner diese Fälle von Wirtschaftskräften durch Aenderung der Produktionsformen unmöglich zu machen. Tausenden

von Arbeitern wird es mit elementarem Gewalt klar geworden sein, wie notwendig die Organisation ist. Wenn man eine Masse, wie die streikenden Gasenarbeiter, ungeachtet ihres Muthes, ihrer Disziplin und der öffentlichen Meinung, die auf ihrer Seite steht, so zu behandeln wagen darf, — welche Summe von Niedertracht, Unterdrückung und Demüthigung muß sich dann der ohnmächtige Einzelarbeiter von diesen Kapitalmagnaten gefallen lassen? — Die unermüdete Agitations- und Organisationsarbeit wird aber auch den hartnäckigsten Kapitalisten trotz brechen. Arbeiter, organisiert Euch!

Eine Lohnherabsetzung

ist wieder einmal von den „Vereinigten Gummiwaarenfabriken Harburg-Wien“ zu melden. Diese Fabrik liefert den klassischen Beweis dafür, daß je größer der erzielte Profit der Unternehmer sich gestaltet, um so niedriger der Arbeitslohn bemessen wird. Auf dieser Gummi-fabrik löst eine Lohnherabsetzung die andere ab, aber ebenso regelmäßig erfolgt eine Erhöhung der Dividende. Vor kaum 3 Monaten berichteten wir von einer sehr einschneidenden Lohnverminderung, leider können wir heute nicht von einer Aufhebung derselben berichten, sondern müssen, wie schon Eingangs bemerkt, eine neue Lohnverminderung feststellen. Die Arbeiter der Schuh-fabrikation werden diesmal beglückt, und zwar durch folgenden Ukas:

Nachstehende Akkordsätze treten am 11. Januar 1897 in Kraft. Für Arbeit Nr. 49 (hinten die Enden abschneiden) pro 100 Paar 12 Pfg. (früher 20 Pfg.). Für Arbeit Nr. 4 (einteilige Blätter ohne Besatz mit Gummiband belegen resp. gummieren) pro 100 Paar 40 Pfg. (früher 50 Pfg.). Für Arbeit Nr. 5 (zweiteilig) pro 100 Paar 1,20 Mk. (früher 1,50 Mk.).

Harburg, den 6. Januar 1897.

Vereinigte Gummiwaaren-Fabriken Harburg-Wien (vorm. Menter) J. N. Reithoffer.

Danach sind die Lohnsätze um 40 bezw. 20 Prozent des bisherigen Verdienstes herabgemindert!! Wer bei dem früheren Lohnsatz 20 Mk. wöchentlich verdiente, der bekommt jetzt nur 12 resp. 16 Mk., während die 8 resp. 4 Mk. in den großen Dividenden sack fließen, und den nicht arbeitenden Herren Aktionären das Leben versüßen helfen. Die Arbeiter sind dagegen, wenn sie ihre Familien nicht verhungern lassen wollen, gezwungen, noch intensiver als bisher zu arbeiten, sich noch mehr abzuraden, ihre Lebenskraft noch rascher zu verbrauchen, als bisher. Und da giebt es noch Leute, welche bemüht sind, die Humanität der Fabrikleitung zu loben. Dieselbe hat nämlich einige sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen getroffen. Arbeiter welche 25 Jahre auf der Fabrik beschäftigt sind, erhalten einen Prozentsatz ihres bisherigen Verdienstes als Pension und was dergleichen Dinge mehr sind. Daß die Fonds, aus denen die Kosten dieser Wohlfahrten bestritten werden, durch den zu Geld kry-stallisirten Schweiß der Arbeiter gefüllt werden, theilt man Lesern nicht mit. Sie könnten ja dann so ein-sichtig werden, um die „Wohlfahrten“ auf ihren wahren Werth zurückzuführen zu können, und sich gegen die Lohn-vermindernngen sträuben. Das ist der Zweck der Wohl-fahrtseinrichtungen; sie stellen das Pfläckerchen dar, das man auf die Wunden legt, welche den Arbeitern durch den unzureichenden Lohn geschlagen werden.

Sind in Hand mit den Lohnvermindernngen geht auch eine handgreifliche Abneigung gegen alle Aende-rungen, welche im Interesse der Arbeiterchaft not-hwendig erscheinen, der Fabrik aber Geld kosten. So sind z. B. für die 400 Arbeiterinnen obiger Fabrik nur 5 Netze vorhanden, sodaß, abgesehen von hygie-nischen Rücksichten, die Arbeiterinnen infolge langer Wartens oftmals 15—20 Minuten ihrer kostbaren Zeit verlieren, und was dergleichen Uebelstände mehr sind. Die durch derartige Verhältnisse unter den Arbeitern geschaffene, selbst die Kreise der kaufmännischen Ange-stellten erregende Unzufriedenheit wird durch die Wohl-fahrtseinrichtungen nicht aus der Welt geschafft. Vor-Allen werden die Arbeiterinnen und Arbeiter die Fol-gerung aus der bewiesenen Wertheinschätzung ihrer Ar-beitsleistungen zu ziehen wissen und sich der Organi-sation anschließen, welche die Wahrung ihrer Interessen vertritt.

Soziale Mundschau.

Der erste Bevollmächtigte der Zahlreiche Gms-tütel, Kollege F. Fleck, hat eine Anklage wegen Ver-gehens § 153 der Gewerbeordnung erhalten. Zwei Mitglieder unseres Verbandes verrichteten Arbeiten, welche vor dem Streik von Gasenarbeitern verrichtet worden waren. Kollege Fleck sah darin eine Schädigung der Interessen der Streikenden, unter denen sich ca. 500 Verbandsgenossen befinden, und forderte in einer Verbands-Versammlung den Ausschluß der beiden Mit-glieder. Ob die Anklage wegen des beantragten Aus-schlusses, oder wegen der den Ausschluß begründenden Ausführungen des Kollegen Fleck erhoben ist, das ist uns nicht bekannt geworden. Das letztere nehmen wir aber an. Denn laut Statut können nach § 7, Abs. b alle diejenigen Mitglieder ausgeschlossen werden, die sich Handlungen zu Schulden kommen lassen, welche dem Interesse des Verbandes entgegenwirken. Die Handlungen der beiden waren solche, welche der ge-nannte Abs. des § 7 meint, und Kollege Fleck handelte in Wahrung berechtigter Interessen, wenn er den Aus-schluß forderte. Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich mit den Bestimmungen des Statuts vertraut zu machen und kann sich kein Mitglied verkerst fühlen, wenn statutarische

Verstöße nach Maßgabe der statutarischen Bestimmungen geahndet werden. In der Angelegenheit steht am 1. Februar Termin an.

Wiederum sind Tausende von Arbeitern durch Uebermuth der Fabrikanten auf die Straße gemorren worden, wo sie nun mit ihren Angehörigen über die herrlichste Welt- und Gesellschaftsordnung Betrachtungen anstellen können. In dem von 26 000 Seelen bewohnten Städtchen Weipensfeld spielt sich der Kampf gegen den Wirtschaftsdiktatorismus kleiner „Stumms“ ab. Die Vorgeschichte ist folgende: Bei der Firma Blasig, Schuhfabrik, streikten 50 Zwickler um eine Lohnherabsetzung. Der Herr Blasig versuchte nun seine Konkurrenten scharf zu machen, damit er nicht zum Nachgeben gezwungen werden könne. Denn, so plädierte er vor seinen Mit-ausbeutern, gelingt es den Zwicklern, eine Lohnauf-besserung zu erringen, so werden, durch den Erfolg er-muthigt, auch die übrigen Arbeiter mit Forderungen an die Unternehmer herantreten und den heiligen Profit gefährden. Den Fabrikanten leuchtete diese Argumenta-tion ein, ob wegen der ihr innewohnenden Logik oder von wegen des bösen Gewissens ist nicht zu ersehen, und kündigten ihren 2500 Arbeiterinnen und Arbeitern. In sieben Fabriken legten die Arbeiter die Arbeit sofort nieder. Eine am Montag, den 11. Januar, abgehaltene Versammlung beschloß, daß jeder Fabrikant durch eine Kommission seiner Arbeiter gefragt werde, ob er die Kündigung aufrecht erhalte; ja, dann wollen die Arbeiter ihre Forderungen formulieren, wenn nein, die Arbeit unter den alten Bedingungen aufnehmen. Alle bisher gepflogenen Verhandlungen sind resultatlos ge-wesen, darum wird der Kampf weitergeführt.

Eine Erhöhung der Beiträge hat der Deutsche Holzarbeiterverband durch Urabstimmung beschlossen. Vom 1. Januar l. J. beträgt der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder 20 Pfg. (früher 15 Pfg.). An der Abstimmung theilnahmen sich 22 142 Mitglieder. Davon stimmten 12 044 für 20 Pfg. Beitrag, 2513 für 25 Pfg. Beitrag; gegen jede Erhöhung 8000 Mitglieder. Der Wochenbeitrag für weibliche Mitglieder bleibt der bis-herige, da nur 8497 Mitglieder für eine Erhöhung des-jelben eintraten.

Der Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Ver-bandes hat beschlossen, der nächsten Generalversammlung, die in Braunshweig abgehalten wird, folgenden Antrag zu unterbreiten: „Den wöchentlichen Beitrag für männliche Mitglieder auf 25 Pfg. und für weibliche Mitglieder auf 10 Pfg. zu erhöhen und unter Beibe-haltung der bisherigen Leistungen des Verbandes für die ortsansässigen Mitglieder eine Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen.“

Die Durchführung des Antrages stellt sich der Vorstand so vor: Der erhöhte Beitrag wird von allen Mitgliedern vom 1. Juli 1897 an gezahlt und vom Vorstand von jedem Beitrag 5 Pfg. als Reserfonds für die Arbeitslosen-Unterstützung zurückgelegt, so daß, sofern im Jahre von jedem Mitgliede 52 Wochen voll bezahlt werden, am 1. Juli 1898, ohne die etwaigen Zinsen, bei 40 000 Mitgliedern 104 000 Mk. als Re-serfonds vorhanden sind. Am 1. Juli 1898 tritt für alle Mitglieder, die an diesem Tage 52 Wochen lang den erhöhten Beitrag gezahlt haben und dem Verband ununterbrochen 52 Wochen lang angehören, die Arbeits-losen-Unterstützung in Kraft.

Die Arbeitslosen-Unterstützung beträgt pro Tag für männliche Mitglieder 1 Mk., für weibliche Mitglieder 50 Pfg. und darf in dem Zeitraum von 52 hinterein-ander folgenden Wochen 30 Mk. für männliche und 20 Mk. für weibliche Mitglieder nicht übersteigen. Bei Arbeitslosigkeit, die weniger als 7 Tage dauert, wird Unterstützung nicht gezahlt. Zwecks Kontrolle der Ar-beitslosen sind dieselben zur täglichen Meldung ver-pflichtet.

Sie sind überall gleich, die Herren vom Stamme Mimm, und gebrauchen immer dieselbe Ansrede, wenn es sich um Verkürzung der Arbeitszeit handelt. Das österreichische Parlament regte vor Kurzem an, den elfstündigen Normalarbeitstag auf zehn Stunden zu re-duzieren. Der Zentralverband der Industriellen will aber den Beweis dafür erbringen, daß die Industrie darunter Schaden leide und hat deshalb eine Umfrage bei seinen Mitgliedern veranstaltet. Resultat: Erklärung gegen die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit. Motive: Verringerung der Produktion, die durch gesteigerte Arbeits-Intensität nicht wettgemacht werden könnte, Erhöhung der Produktionskosten, Erschwerung der Konkurrenz mit dem Auslande und schließlich wieder die alte „fittliche“ Vertheidigung langer Arbeits-zeit, deren Verkürzung nur den Aufenthalt der Ar-beiter im Wirthshaus verlängern würde! Doch ver-dienen die im Berichte angeführten Fürsprachen für den Zehnjahrentag, die auf Grund gemachter Erfahrungen für seine allgemeine Einführung eintreten, Beachtung. So haben drei Wiener Baumwollfabriken den Zehn-jahrentag schon seit Jahren in der Weise eingeführt, daß die Frühstücks- und Nachmittagspausen in Wegfall kommen und bloß eine einstündige Mittagspause ge-halten wird; eine Tepfcher Wirthwaarenfabrik meldet, sie hätte den Zehnjahrentag eingeführt und dadurch keinerlei Nachtheile erlitten; die böhmische Eisenindustrie arbeitet schon lange bloß 10 Stunden täglich, mehrt sich aber gegen die gesetzliche Fixirung dieser Arbeits-zeit. Bei internationaler Regelung wären vermuthlich die meisten Fabrikanten, ja selbst bei Einführung der gleichen Verkürzung der Arbeitszeit in Ungarn, wo kein Normal-Arbeitstag besteht, wäre eine nicht unbe-trächtliche Menge österreichischer Fabrikanten für ein-fortschreitende Ermäßigung der Arbeitszeit zu ge-winnen.

Ein beneidenswerthes „Gundeleben“. Tausende von Armen gehen in Winterkälte und Hungerstoth langsam zu Grunde und auf der anderen Seite wissen die Reichsten der Erde nicht, wo sie ihr Geld für den wahnfinnigsten Luxus wegwerfen müssen. Gundelieb-haberei gehört beispielsweise zum „guten Ton“. Die Londoner Heilsarmee-Zeitung „Social Gazette“ verbürgt sich in einer ihrer letzten Nummern für die Echtheit folgender Rechnung, die eine Dame jüngst einem fashjonablen „Gundeschneider“ gezahlt hat: Beschlagener Kragen und Silber-Bracelet . . . 17,— Mk. Sechs Nachthemden . . . 12,— „ Zwei Paar braune Schuhe . . . 8,— „ Zwei Paar Gummischuhe . . . 8,— „ Ein Rock für die Badereise . . . 6,50 „ Ein Morgenrock . . . 7,— „ Ein Gesellschaftsanzug (goldbeschlagen) . . . 30,— „ Ein pelzgefütterter Ueberrock . . . 20,— „

Summa 108,50 Mk.

Korrespondenzen.

Barmbeck. Am Mittwoch, den 6. Januar, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Der 1. Punkt der Tages-ordnung wurde mit Abrechnungen ausgefüllt. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab eine Einnahme von 728,85 Mk. und eine Ausgabe von 728,85 Mk.; die der Unterstützungs-Kommission eine Einnahme von 125,84 Mk. und eine Ausgabe von 21,70 Mk., bleibt ein Bestand von 104,14 Mk.; und die der Agitations-Kommission ei. Einnahme von 461,92 Mk. und eine Ausgabe von 251,20 Mk., bleibt Bestand 210,72 Mk. Unter Punkt 2, Situations-bericht vom Streik der Gasenarbeiter, schilderten die Kollegen W. S. u. B. den Stand der Gasenarbeiterbewegung und den augenblicklichen Zustand in Hamburg Hafen in sehr befriedi-gender Weise. Der Delegirte vom Gewerkschaftskartell forderte die Kollegen auf, so viel wie möglich beizusteuern, wenn irgend angängig die Woche 2 Mk. Eine lange Debatte entspann sich über die Kollegen K. S. und S., in welcher Kollege K. Karzu-legen versuchte, daß das Abgegebene nicht mit zur Kassefreinigung gehört. Die Genannten haben diese Arbeit stets auf der Hamb.-Newyorker-Gummitammfabrik verrichtet, so auch während des Gasenarbeiterstreikes, und wurden darum von ihren Kollegen als Streikbrecher angesehen. In der Debatte hieüber gingen die Ansichten sehr weit auseinander. Die vorgenommene Ab-stimmung ergab jedoch, daß die Mehrzahl der Anwesenden in den Kollegen keine Streikbrecher erblickt. In dem weiteren Ver-laufe der Versammlung wurden die Neuwahlen zweier Delegir-ten zum Gewerkschaftskartell, der Hilfskassirer und eines Fest-omitees vorgenommen. Unter Punkt 6 der Tagesordnung wurde die Lokalfrage erörtert und beschlossen, vorläufig das alte Lokal beizubehalten, da der Kollege, welcher den Antrag auf Verlegung gestellt, nicht erschienen war. Der siebente Punkt wurde wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Der Antrag des Kollegen Z., in 14 Tagen eine Extra-versammlung abzuhalten, wurde abgelehnt. Damit hatte die gut besuchte Versammlung ihr Ende erreicht.

Bergedorf. Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung wurde am 9. Januar in „St. Petersburg“ abgehalten. Nachdem das Ableben der Kollegen Meißner und Sievers durch Erheben von den Sigen gehei, sprach der erste Bevollmächtigte über den Streik der Gasenarbeiter und Seesleute in Hamburg, sowie über den Streik bei Thiel u. Söhne in Lübeck. Redner ersuchte die Mitglieder, ihre Schuldbiligkeit zu thun. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete Kollege Krismansky. Bei der sich anschließenden Verathung der Statuten des Gewerkschaftskartells ließ ein Antrag ein, nach welchem der § 5 dahin abgeändert werden soll, daß, während jetzt jede Gewerkschaft zwei Delegirte entsendet, künftig jede Gewerkschaft bis zu 100 Mitglieder zwei und dann für jede weiteren 100 Mitglieder einen weiteren De-legirten entsenden soll. Der Antrag gelangte zur Annahme. Von einer anderen Gewerkschaft ist der Antrag gestellt, die Bei-träge zum Kartell zu erhöhen. Dem Antrage wurde nicht zu-gestimmt. Dagegen wurde beschlossen, zu beantragen, daß die Kartellkommission verpflichtet werde, zu geeigneter Zeit Extra-marken auszugeben. Als Delegirte zum Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Krismansky und Stiile, zu Stellvertretern die Kollegen Lipold und Döbler gewählt. Zu dem am 13. Fe-bruar stattfindenden Stiftungsfeste wurden noch drei Kollegen in das Festkomitee und vierzehn Kollegen als Langordner ge-wählt. Sodann wurden noch einige weniger wichtige Ange-legenheiten erledigt.

Blumenau i. Schl. Die am 9. Januar im Lokale des Herrn Gastwirth Pohl abgehaltene Mitgliederversammlung war nur von 8 Personen besucht. Nachdem die Beiträge eingezogen und ein Mitglied ausgenommen worden, mußte der 2. Punkt, Beschlagener der Bevollmächtigten und Revisoren, bis zur nächsten Ver-sammlung zurückgestellt werden. Unter Punkt „Vertheidigung“ ent-pfanden sich eine rege Debatte über den Inuen Besuch der Versammlungen, und es wurde beschlossen, daß der „Proletarier“ von jetzt ab nur in den Mitgliederversammlungen auszufragen und in den dazwischen liegenden 14 Tagen beim 2. Bevoll-mächtigten abzuholen ist. Mitglieder, welche die Versammlungen nicht besuchen können, sind verpflichtet, sich durch einen Kollegen entschuldigen zu lassen, geschieht dieses nicht, so bleibt ihr Blatt beim 2. Bevollmächtigten zur Agitation. Eine Ver-pflichtung haben die Bevollmächtigten daher nicht mehr, den „Proletarier“ den Kollegen ins Haus zu bringen, wodurch den Mitgliedern nur die Faulheit gestärkt und der Versammlungs-besuch verschlechtert wird. Mitglieder, welche bis zur nächsten Versammlung die reitrenden Beiträge bis zu zwei Monaten ohne Entschuldigung nicht bezahlt haben, werden bestimmt gestrichen. Wir ermahnen daher die Mitglieder dringend, zur nächsten Versammlung, welche am Sonnabend, den 6. Februar, Abends 8 Uhr, stattfindet, bestimmt zu erscheinen, damit mit des Vorschlägen der Bevollmächtigten und Revisoren vornehmen können.

Braunschweig. Eine öffentliche Versammlung der Handels-hilfsarbeiter tagte hier einige Tage vor Weihnachten mit der Tagesordnung: Die „Entwicklung und der Stand unserer Organi-sation und Stellung zu dem in Altenburg tagenden Kongreß der Handels-hilfsarbeiter.“ Als erster Redner führte Kollege Ohlendorf ungefähr Folgendes aus: Schon Ende der 80er Jahre hätten in einer Reihe von Städten allgemeine Organi-sationen der Hilfsarbeiter bestanden, nur die Bauarbeiter hatten speziell von den Andern getrennte Vereine. Um eine einheitliche Organisation zu schaffen, habe man den 1890 in Hannover stattfindenden Kongreß der Bauarbeiter besichtigt, leider sei dort die gewünschte gemeinsame Organisation aller Hilfsarbeiter nicht geschaffen worden. Im Einverständnis der Kollegen ver-schiedener Städte habe dann Kollege Lohrberg-Hannover einen Kongreß aller Hilfsarbeiter einberufen. Auf diesem seien alle Branchen, wenn man überhaupt von solchen reden wolle, ver-treten gewesen, auch die Hausdiener. Dieser Kongreß beschloß, einen Zentralverein aller Hilfsarbeiter Deutschlands zu gründen. Die Zeitung „Die Einigkeit“, den Berliner Hausdienern gehörig, wurde als Publikationsorgan erklärt; trotzdem lehnten sich die Berliner nicht an die Beschlüsse des Kongresses und schlossen sich dem gegründeten Verbands nicht an. Der Verband gründete eine eigene Zeitung, den „Proletarier“, welcher den Mitgliedern gratis geliefert wird. Der Verband entwidete sich immer mehr, heute hat er in 100 Zahlstellen 10 000 Mitglieder. Die Berliner Hausdiener fanden später in einigen Orten Vereine, deren Mit-

glieder lokalorganisiert bleiben wollten, und hielten mit diesen zusammen ihre Kongresse ab. So war bei uns dasselbe Verhältnis wie in verschiedenen anderen Branchen, z. B. bei den Maurern, es gab Zentral- und Lokal-Organisationen der Hilfsarbeiter. Bestrebungen ergaben sich schon im Beschlusse des Halberstädter Kongresses dieser lokalorganisierten Hilfsarbeiter, nach welchem in zwei Jahren ein Zentral-Verein gegründet werden sollte, genau als wenn die jetzt lokalorganisierten Maurer einen Zentralverein gründen wollten, anstatt sich dem bestehenden anzuschließen. Den besten Beweis liefern die Lokal-Vereine in Königsberg, Magdeburg, Elbing und andere. Unter dem Namen Handels-Hilfsarbeiter sind dies Lokal-Vereine aller Hilfsarbeiter; wenn diese sich zu einer Zentrale zusammenschließen, so gründen sie einen allgemeinen Hilfsarbeiter-Verband, wenn auch unter anderem Namen. Gegen eine derartige Zersplitterung gebietet uns die Pflicht, Front zu machen. Redner ist der Ansicht, alle Kollegen, ob sie augenblicklich Hausdiener oder Fabrikarbeiter sind, gehören in den bestehenden Verband. Wer heute seine Stellung als Hausdiener verliert, ist froh wenn er recht bald in einer Fabrik arbeiten kann. Von einem Berufswache der Hausdiener kann keine Rede sein. Wenn nun die Kollegen welche augenblicklich als Hausdiener beschäftigt werden, an einigen Orten der Meinung sind, unter sich bleiben zu müssen, trotzdem aber zentralisiert sein wollen, so mögen sie sich Sektionsweise dem bestehenden Verbände anschließen. Der Kongress ist nur einberufen, um einen Zentralverein zu gründen, hiergegen müssen wir protestieren. Kollege Kuckuck meint, auf dem Kongresse könne keine Aenderung der Organisation vorgenommen werden, es sollten dort nur die Streitigkeiten geschlichtet werden; der Kongress müßte beschickt werden, damit die Stänkereien der Berliner und Hamburger aus der Welt kämen. Kollege Pantelmann ist derselben Ansicht, schriftliches Protestieren nütze nicht, es müßte jemand dort hingefahren werden, der mit aufräumen hilft. Die Kollegen Gelske, Witel, Kostmann, Heider und Marzenholz sprechen im Sinne Ohlendorfs und gegen Beschickung des Kongresses, welches auch abgelehnt wird. Das Bureau wurde beauftragt eine energische Protest-Resolution an den Kongress zu senden.

Elberfeld. In der am 30. Dezember verfloffenen Jahres abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach Kollege Klinger über den Streit der Hafenarbeiter, nachweisend, wie dieser das ganze öffentliche Interesse beanspruchende Kampf nicht das Werk von Hebern, sondern aus ganz natürlichen Gründen entsprungen sei. Daß es den Unternehmern um den Frieden mit den Arbeitern nicht zu thun sei, bewiese der schroff juristisch-gewiesene Senatsvorschlag, nach welchem ein Schiedsgericht über die streitigen Punkte verhandeln solle. Die Ansicht der Heber sei, die Arbeiter zur bedingungslosen Unterwerfung zu zwingen und die Organisation zu sprengen. Dagegen gelte für die Arbeiter nur ein Wahlspruch, und der laute: alle Kräfte ansetzen, um den Kämpfenden den Sieg zu ermöglichen. — Als Revisor kam Kollege Ditt in Vorschlag. Unter „Verschiedenem“ führte Kollege Schirr aus, daß Hüfmeier unter Klageandrohung verlangt habe, er solle die in verschiedenen Besprechungen gemachten, auf das Verhalten Hüfmeier's im Arbeiter-Sängerbund Bezug nehmenden Ausführungen zurücknehmen und eine Ehrenerklärung im „Hamburger Echo“ erlassen. Darauf sei er mit einer Kommission zusammen gewesen und habe sich mit dieser über eine zu veröffentliche Erklärung verständigt, des Inhalts, daß Hüfmeier sein Schuldkonto beim Sängerbund abgetragen habe. Die Annahme der Erklärung sei aber vom „Hamburger Echo“ verweigert worden. Kollege S. meint, daß der Kollege Schirr gar keine Veranlassung gehabt hätte, sich mit einer Kommission einzulassen, die Schuld Hüfmeier's sei genügend erwiesen. In ihrem weiteren Verlaufe beschäftigte sich die Versammlung mit Angelegenheiten Lokaler Natur.

Frankenthal. Am Sonntag, den 17. Januar, fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle statt, in welcher Genosse Schöb in 1 1/2 stündiger Rede über: „Die wirtschaftliche Lage“ folgendes ausführte. Die wirtschaftliche Lage sei eine Folge der Produktionsverhältnisse; das heutige Produktionssystem sei das kapitalistische. Es zeichne sich dadurch aus, daß es ihm gelungen, Naturkräfte, Wasserkraft, Dampf, Elektrizität in den Dienst der Gütererzeugung zu stellen, daß aber alle Erzeugungsmittel und Werkzeuge in dem Privatbesitz Einzelner sich befänden. Die Kapitalistenklasse sei dadurch in den Vollbesitz der wirtschaftlichen und politischen Macht gelangt. Zur Befestigung und Ausnutzung dieser Macht organisiere sich die besitzende Klasse, und diese Thatsache zwinge auch die Arbeiterklasse zum Zusammenschluß. Leider sei es nur zu wahr, daß ein großer Teil der Angehörigen der arbeitenden Klasse der Vereinigung die nötige Aufmerksamkeit nicht schenkte. Der Redner geht auf eine Schilderung der Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation über und behandelt die Klagen der Arbeiter unter Anführung vieler Beispiele, welche sehr zum Denken Veranlassung geben. Welchen Faktor die Arbeitskraft im Wirtschaftsleben bildet, bewies der Redner an dem Hamburger Hafenarbeiterstreik, der so weite Kreise in Mitleidenschaft ziehe und der einer nicht geringen Anzahl von Gewerbetreibenden den wirtschaftlichen Banerott bringe, sobald die Bodenständigkeit der Unternehmer nicht aufhöre.

Cevelsberg. Auch hier hat sich den Kollegen die Ueberzeugung aufgedrungen, daß zur Wahrung ihrer Interessen eine Organisation notwendig ist. Nachdem schon vor wenigen Wochen 10 Kollegen sich zum Beitritt bereit erklärt hatten, fand am 17. Januar eine Versammlung statt, in der Kollege Otten, Kohn, über die Lage der Arbeiter referierte. Nach dem Vortrage, welcher die Arbeits- und Lohnbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter in vortrefflicher Weise schilderte, nahm Kollege Brandau aus Hagen das Wort, um über die Gründung einer Zahlstelle des Verbandes zu sprechen. Die Versammlung beschloß, die Gründung zu vollziehen und brachte die zur Leitung notwendigen Personen in Vorschlag. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. Wir wollen arbeiten, daß der ausgereifte Samen hundertfältige Frucht trage.

Hamburg. Am 8. Januar tagte unsere Mitglieder-Versammlung in der „Concordia“. Ueber den Hafenarbeiterstreik referierte Genosse Kimmel, welcher den falschen Darstellungen der gegenwärtigen Presse gegenüber entgegentrat, die wahren Ursachen des Ausstandes, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter kennzeichnete. Die eingehenden Ausführungen über Entwicklung und feierlichen Verlauf des Streiks sind bekannt, so daß eine Wiedergabe derselben unterbleiben kann. Unter Punkt 3 der Tagesordnung beantragte Kollege Siltter, den Kollegen Hüfmeier weiter als Mitglied anzuerkennen. Der Fall sei von einer Kommission untersucht und diese habe etwas Befriedigendes, welches den Ausschluß rechtfertigen könnte, nicht gefunden. Der Antrag wurde mit Mehrheit der Stimmen angenommen. Ein Antrag, den Bevollmächtigten für jede Sitzung 50 Pf. Entschädigung zu gewähren, ward angenommen. Kollege Ahrens stellte den Antrag, daß unsere weiblichen Mitglieder 50 Pf., die männlichen 1 Mk. pro Woche zur Unterstützung der streikenden Hafenarbeiter leisten sollen. Der Antrag wurde angenommen. Dem zweiten Bevollmächtigten ward die Ermächtigung erteilt, ein Blaubuch anfertigen zu lassen. Für ein Verbandsmitglied, das in Marine wohnte, hier aber arbeitete und verstarb, wurden zur Stützung eines Kranzes und Todesanzeige 10 Mk. bewilligt. Nach vollzogener Wahl der Hilfskassierer wurde die Versammlung geschlossen.

Hann. Die letzte Mitgliederversammlung tagte am Dienstag, den 12. Januar, im Lokale des Herrn Sieberling. Der Genosse Martienßen referierte über: „Gewerbeordnung und Gewerbegerichte“. Redner betonte die Vorteile der Gewerbegerichte bei denen der Gang des Prozesses ein rascher, die Kosten geringer als bei den ordentlichen Gerichten seien und die Richter aus Arbeitgebern und Arbeitern beständen. — Die Abrechnung vom 4. Quartal 1896 ergab eine Einnahme von 246,30 Mk.,

davon wurden 256,80 Mk. an die Verbändskasse gesandt. Nach einer Besprechung des Hafenarbeiterstreiks beschloß die Versammlung, an dem ersten Beschlusse des Kartells, welcher die Zahlung eines wöchentlichen Beitrags von 1 Mk. empfiehlt, festzuhalten. Den Hilfsarbeitern wird es schwer, bei ihrem geringen Verdienste mehr zu zahlen. Der Kollege Lang hatte den Kollegen Schmeiger als Streikbrecher bezeichnet; diese Bezeichnung war, was auch Kollege Lang einfaß, unbegründet und wurde von denselben widerrufen. Der Fall gab dem 1. Bevollmächtigten zu der Mahnung an die Mitglieder Veranlassung, nicht in jedem Menschen, der einmal am Hafen gesehen werde, gleich einen Streikbrecher zu wittern und nicht eher ein Urtheil zu fällen, bis man sich erst genügend über die Berechtigung desselben unterrichtet habe. An Stelle des seit herigen Kartell-Delegirten, Kollegen Dürrkopp, wurde der Kollege Thomsen gewählt, als dessen Stellvertreter Kollege Opp. Als Hilfskassierer die Kollegen Salmann und Burmeister, als Thürkontrollleur Kollege Engelke.

Sarburg. Eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen tagte am 6. Januar im Lamprecht'schen Lokale, am Karnap. Genosse Grünwaldt aus Hamburg hielt einen Vortrag über Arbeitsversicherung. Er wies u. A. darauf hin, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung immer brennender werde, da in Folge unserer schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse die Zahl der Arbeitslosen immer mehr zunehme. Durch die letzte Volkszählung im Dezember 1895 ist ermittelt, daß hauptsächlich in den größten Städten eine ungeheure Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist, obwohl die Zeit für die Aufnahme einer solchen Statistik nicht günstig war. Um nun diese gefährlichen Erscheinungen in der bürgerlichen Gesellschaft zu verdecken, will man Arbeitslosenversicherungen einführen. Der Arbeiter sollte sich selbst helfen, indem er, wenn er arbeitet, hohe Beiträge zahlt, um dann während der Arbeitslosigkeit eine kleine Unterstützung zu bekommen. Redner schloß damit, daß wir alle diese Vorschläge wohl zu prüfen hätten, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Eine wirkliche Verminderung der Arbeitslosigkeit könne am besten durch Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführt werden, diese müßten die Arbeiter zu erkämpfen suchen. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine interessanten Ausführungen. — Ueber den Streit der Hafenarbeiter sprach Genosse Martens. Er schilderte die Entstehung des Streiks und den bisherigen Verlauf desselben. Nachdem die Hamburger Heber aus wohlüberlegten Gründen den Streit zu einer Wachsfrage gestempelt hätten, sei die ganze Arbeiterschaft Deutschlands an diesem Kampfe interessiert. Aus allen Theilen Deutschlands und vom Ausland laufen Unterstützungsmittel für die Streikenden ein, die unerschütterlich feststehen. Der Kampf erfordere ungeheure Mittel. Redner bittet daher, es an thätigster Unterstützung auch in Zukunft nicht fehlen zu lassen; hierzu wurde ein Antrag angenommen, wonach die Anwesenden sich verpflichten, pro Woche mindestens 50 Pf., wenn irgend möglich 1 Mk. für Unterstützung der Streikenden zu zahlen. Die Abrechnung des Vertrauensmannes ergab eine Einnahme von 2258,85 Mk., der eine ebenso große Ausgabe gegenübersteht. Nach Hannover sind 1502, — Mk. abgegangen. Der Rest von 756,85 Mk. ist im Auftrage des Vorstandes in Hannover hier zur Agitation verwandt. Außerdem sind bei dem Vertrauensmann an freiwilligen Beiträgen 680,90 Mk. zum Fonds gegen Lohnreduktion eingegangen. Diese Summe wird jinständig belegt werden. Die Abrechnungen wurden genehmigt. Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden erfolgte mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung Schluß der Versammlung.

Homburg v. d. Höhe. In der am 11. Januar abgehaltenen Versammlung gab Kollege Gohe die Rechnungsablage vom 4. Quartal; auf Antrag des Kollegen Dessor wurde Entlastung erteilt. Den Bericht über die einfallende Thätigkeit erstattete Kollege Wittlich. Unter „Verschiedenem“ wurde beschlossen, eine Gesangsabtheilung mit gemischtem Chor zu bilden, und eine Weihnachtskassette zu gründen. Als Kassierer der letzteren wurde Kollege Göbelbecker gewählt. Nach Schluß der Versammlung gingen die Kollegen Gohe und Wittlich mit einem zugewandten Kollegen zur Herberge bei Kappus, wo der zugewandte Kollege übernachtete wollte, aber nach der „Stadt Cassel“ verwiesen worden war, weil angeblich alle 12 Betten belegt seien. Eine nachträglich vorgenommene Untersuchung ergab, daß in fraglicher Nacht nur acht Fremde anwesend waren. Der Verkehrs-wirth machte ein Nachtlager zurecht.

Koblenz. Am Sonntag, den 17. Januar, tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokale des Gastwirths Hartwig, Proviantstraße 15. Unter Punkt 2 der Tagesordnung erstattete der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung. Da bei der Revision Alles in Ordnung befunden worden war, so wurde demselben Entlastung erteilt. Da der 2. Bevollmächtigte abreist, so hatte die Versammlung einen anderen Kollegen in Vorschlag zu bringen. Für diesen Posten kam Kollege Petrag in Vorschlag, und übernahm derselbe gleich die Wahrung der einfalligen Geschäfte. Unter Punkt „Verschiedenem“ machte der 1. Bevollmächtigte die Mitteilung, daß die Alters- und Invaliditätsversicherung zur Rückzahlung derjenigen Beiträge verpflichtet sei, welche von im verfloffenen Jahre verstorbenen Versicherungsmitgliedern geleistet worden seien. Im Allgemeinen würde angenommen, daß 5 Quittungskarten vorgelegt sein müßten, bis eine Rückzahlung der Beiträge erfolge. Das sei ein Irrthum, es brauchten nur 5 x 47 Marken, also 235 eingelebt zu sein, oder wenn die Beitragspflicht durch Krankheit unterbrochen, die Versicherung darüber. Redner zeigte den Weg, der zur Erlangung der eingezahlten Beiträge einzuschlagen sei.

Kölnheim. In der am Sonntag, den 17. Januar, abgehaltenen Mitgliederversammlung kamen zunächst die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Darauf erörterte die Versammlung die Gründung eines Unterstützungsfonds. Die endgültige Beschlußfassung bleibt der nächsten Versammlung vorbehalten. Die Karnevalszeit gab der Versammlung Veranlassung zur Prüfung der Frage, ob wir nicht auch ein Fest oder Konzert veranstalten wollten. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die heutige Versammlung ermächtigt die Bevollmächtigten und Revisoren, vorausgesetzt, daß genügend Kräfte und Material vorhanden sind, zur Abhaltung von Konzerten mit karnevalistischer Unterhaltung während der Dauer des Karnevals. Der finanzielle Ertrag ist dem zu gründenden Unterstützungsfonds zu überweisen.“ Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Lüneburg. Am 10. Januar tagte hier eine öffentliche Versammlung der ungelerten Arbeiter. Genosse Müller-Hamburg referierte über den Streit an der Wasserfante, Ursachen und seitherigen Verlauf, die Stellung der Arbeitgeber und der Hamburger Polizei den Streikenden gegenüber gebührend beleuchtend. Der Streit lege aufs Neue klar, daß die Organisation der Arbeiter eine Nothwendigkeit sei. Ohne die Organisation wäre es gar nicht denkbar gewesen, die zur Unterstützung des Streiks benötigten Riesensummen aufzubringen. Im „Verschiedenem“ gaben die Zustände auf der hiesigen Cementfabrik Veranlassung zur Kritik; ferner wurde mitgetheilt, daß gegen den Verjaßer des jüngst verbreiteten Flugblattes Strafantrag gestellt sei.

München. Die Zahlstelle München hielt am 6. Januar eine Hauptversammlung ab. Der 1. Bevollmächtigte eröffnete die Versammlung mit einer ermahnenen Ansprache, auch zukünftig um Verringerung unserer Kosten zu kämpfen, und zwar mit größerer Thätigkeit als bisher. Hierauf erstattete die Leitung der Zahlstelle Bericht über die seit dem 6. Januar 1896, als dem Gründungsstage, geübte Thätigkeit. Es fanden zwölf Mitgliederversammlungen und sieben öffentliche Versammlungen statt. Der folgende Punkt wies das Vorschlagen der Bevollmächtigten und Revisoren auf. Bis auf einen Revisor kamen

lauter neue Personen in Vorschlag. Beim 4. Punkt wurde einstimmig beschlossen, das Restaurant „Schützenhalle“, Ecke der Schießstätte und Kaiserstraße, zum Abhalten der Versammlungen zu benutzen. Als Versammlungstag wurde der zweite Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, bestimmt. Unter „Verschiedenem“ wurde beschloffen, den Hamburger Hafenarbeitern und den Kollegen in Lübeck je 25 Mk. aus der Kasse zu bewilligen. Eine Resolution, welche den Streikenden in Hamburg und Lübeck Sympathien ausdrückt, fand einstimmige Annahme, desgleichen eine Resolution, nach welcher sich die Versammlung verpflichtet, der neuen Leitung der Zahlstelle bei Ausbreitung unserer Ideen und Gewinnung neuer Mitglieder immer treu zur Seite zu stehen.

Schönungen. Am 20. Dezember vergangenen Jahres beschäftigte sich die Mitgliederversammlung mit Einkassieren der rückständigen Beiträge und Vorschlägen der Bevollmächtigten und Revisoren. Die seitherigen Bevollmächtigten wurden wieder in Vorschlag gebracht und drei Revisoren neu vorgeschlagen. Ein Vereinskassierer wurde gegen eine Vergütung von 4 Mk. anstellt. Ein geplantes Langvergnügen fand den Beifall der Mitglieder nicht und wurde zur nachmaligen Besprechung an die Bevollmächtigten zurückverwiesen, worauf Schluß der Versammlung eintrat.

Wesche. Am 2. Januar sprach hier der Kollege Kiepling über das Unfallversicherungsgesetz. Er legte den Zweck des Gesetzes dar, dabei auch das Alters- und Invaliditätsgesetz und das Krankentafelgesetz streifend. Redner verarbeitete sich über Berechnung und Festsetzung der Unfallrente, erläuterte den Instanzenweg, welcher bei Erlangung einer Rente zu beschreiten ist. Die Zusammensetzung der Schiedsgerichte gab dem Redner Veranlassung zu kritischen Bemerkungen, weil dieselben in heutiger Organisation mehr zur Wahrung der Kapitalisteninteressen neigten. In der Diskussion wies Kollege „Braunschweig, auf den Beitaritel des „Proletariats“: „Von Schlachtfeld der Arbeit“ hin und forderte die Kollegen und Kolleginnen auf, die Arbeiterpresse zu lesen. Darauf wurde beschloffen, daß die Mitglieder-Versammlungen jeden Sonntag nach dem 1. Nachmittags, und jeden Sonnabend Abend nach dem 15. eines jeden Monats stattfinden sollen. Darauf stellte Kollege Lange folgenden Antrag: „Die Braunschweiger Agitationskommission wird ersucht, die in diesem Jahre stattfindende Konferenz am 2. Oftertage in Wesche abzuhalten.“ Nachdem Kollege Wobe den Zweck der Kommission und der Konferenz klargestellt hatte, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Nach Schluß der Versammlung fand ein geselliges Beisammensein statt.

Wandsbek. Die hiesige Zahlstelle hielt am Mittwoch, den 13. Januar, ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, in welcher der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung vom 4. Quartal vorlegte. Dieselbe wurde von den Revisoren für richtig befunden und auf Antrag derselben dem 2. Bevollmächtigten Decharge erteilt. Zu der Abrechnung wurde noch ausgeführt, daß trotz der regelmäßigen Einkassierung durch die Hilfskassierer noch viele Mitglieder mit ihren Beiträgen restiren, sodas in diesem Quartal wieder eine Anzahl Mitglieder ausgeschloffen werden mußten. Zum 2. Punkt: „Der Hafenarbeiterstreik“ nahm der 1. Bevollmächtigte das Wort. Derselbe schilderte in längerer Ausführung die Situation und bemerkte zum Schluß, daß sich auch aus unsern Reihen einige als Streikbrecher gebrauchen lassen. Auf Antrag wurden Schulz, Burmeister und Meins ausgeschloffen. In der Sache Jacobson und Orien soll eine Untersuchung stattfinden, weil Erterer entschieden bestritt, den „Arbeitswilligen“ gemacht zu haben. Sodann wurde der Bericht vom Kartell entgegengenommen, aus welchem nichts Besonderes zu bemerken ist. Als Delegirte für das laufende Jahr wurden Martens und Wessel, als Stellvertreter derselben C. Stochaus und Fr. Evers gewählt. Im Verschiedenem wurde beschloffen, im Monat März einen Unterhaltungsabend in Hinfchenfelde abzuhalten. Nachdem noch einige innere Verbandsangelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung um 11 1/2 Uhr.

Wilhelmshurg. Am Sonntag, den 10. d. M., Nachmittags 4 Uhr tagte im Konow'schen Lokale unsere monatliche Mitglieder-Versammlung. Der erste Punkt der Tagesordnung, Vortrag, mußte ausfallen, weil der Bevollmächtigte es versäumt hatte, den Referenten zu bestellen. Als zweiter Punkt gelangte die Abrechnung vom 4. Quartal zur Verlesung. Diese ergab eine Gesamteinnahme von 306 Mk. Unterstützt waren 12 reisende Kollegen mit dem Betrage von 16,04 Mk. Der Verbändskasse sind 209,10 Mk. eingesandt und 80,86 Mk. der Lokalkasse zugeführt. Dem 2. Bevollmächtigten wurde Decharge erteilt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Vorschlägen eines ersten Bevollmächtigten, erklärte Kollege Alm, daß es ihm nicht länger möglich sei, seines Amtes zu walten, da er Nachts arbeiten müsse; hierauf wurde Kollege Scherminski einstimmig als erster Bevollmächtigter in Vorschlag gebracht. Beim vierten Punkt, Verschiedenem, wurde das Verhalten des Kollegen Kunert einer scharfen Kritik unterzogen. Ein Antrag auf Ausschluß wurde abgelehnt und ein zweiter, der verlangte, daß Kollege Kunert Mitglied bleibe, doch im Laufe eines Jahres kein Amt bekleiden dürfe, wurde angenommen. Von der Abhaltung eines geselligen Abends wurde Abstand genommen bis der Streit sein Ende erreicht hat. Kollege Schulze wies auf die Notiz im „Wolfsblatt“ hin, nach welcher man auf der Wollkammerei verlangt habe, die Arbeiter sollten widerrufen, daß ihnen dort Abzüge gemacht worden seien. Dieses Verlangen heiße, die Wahrheit auf den Kopf stellen. Da den Arbeitern mit Entlohnung gedroht worden ist, so wurde beschloffen, daß die Zahlstellen-Leitung am Freitag Abend eine Sitzung abhalten soll, um sofort die notwendigen Maßregeln ergreifen zu können. Falls Maßregelungen vornehmen sollten, ist sofort eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung einzuberufen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Wolfsk. Am 16. Januar hatten sich die hiesigen Mitglieder nach Erledigung der Beitragszahlung mit einem Unterstützungsgesuche des Kollegen B. zu befassen. Derselbe war fünf Wochen krank, und weil er im Oktober von der Fabrik wegen Mangel an Arbeit entlassen worden, fand er auf einem Quisich Arbeit, schied aber damit aus der seither angehörten Krankenkasse. Da er mit zahlreicher Familie ohne alle Baarmittel ist, so beschloß die Versammlung, ihm ein einmaliges Darlehen von 6 Mk. zu gewähren. Darauf gelangte ein Antrag des Kollegen Wegner zur Besprechung, demzufolge dem 2. Bevollmächtigten für seine Thätigkeit eine kleine Vergütung zu gewähren sei. Die Abstimmung bestimmte diese Vergütung auf 20 Mk. jährlich. Nach der Abstimmung ergaben sich aber große Meinungsverschiedenheiten, so daß die nächste Versammlung sich noch einmal mit der Sache beschäftigen wird. Der 1. Bevollmächtigte regte eine Unterstützung der Hamburger Hafenarbeiter an, der aber durch das hier verbreitete falsche, von uns für wahr genommene Gerücht, der Ausstand sei beendet, nicht Folge geleistet werden konnte. Nach einer Aufforderung des 1. Bevollmächtigten an die Mitglieder, im neu beginnenden Jahre muthig und treu für unsere Sache zu wirken, wurde die Versammlung geschlossen.

Berichtigung.

Aus Düsseldorf geht uns von dem Herrn F. W. Kemig, Kassiermeister auf der Fabrik in Firma Dürr u. Komp., zu den in Nummer 2 unseres Blattes geschilderten Vorgängen auf jener Fabrik eine längere Zuschrift zu, der wir, soweit sie eine Berichtigung der dort als Thatsachen geschilderten Vorwände darstellt, Raum geben. Derselbe lautet: „Die zwei Kesselschmiede, Walter und Koch mit Namen, besanden sich an jenem Tage, an welchem sich der Vorfall ereignete, in einem arbeitsunfähigen Zustande; nun wollten sie ohne Kündigung entlassen werden, und als ihnen dies nicht glücken wollte

von Arbeiter wird es mit elementarer Gewalt klar geworden sein, wie notwendig die Organisation ist. Wenn man eine Masse, wie die streikenden Hasenarbeiter, ungeachtet ihres Muthes, ihrer Disziplin und der öffentlichen Meinung, die auf ihrer Seite steht, so zu behandeln wagen darf, — welche Summe von Niedertracht, Unterdrückung und Demüthigung muß sich dann der ohnmächtige Einzelarbeiter von diesen Kapitalmagnaten gefallen lassen? — Die unermüdlige Agitations- und Organisationsarbeit wird aber auch den hartnäckigsten Kapitalisten trotz brechen. Arbeiter, organisiert Euch!

Eine Lohnherabsetzung

Ist wieder einmal von den „Bereinigten Gummiwaarenfabriken Harburg-Wien“ zu melden. Diese Fabrik liefert den klassischen Beweis dafür, daß je größer der erzielte Profit der Unternehmer sich gestaltet, um so niedriger der Arbeitslohn bemessen wird. Auf dieser Gummi-fabrik löst eine Lohnherabsetzung die andere ab, aber ebenso regelmäßig erfolgt eine Erhöhung der Dividende. Vor kaum 3 Monaten berichteten wir von einer sehr einschneidenden Lohnverminderung, leider können wir heute nicht von einer Aufhebung derselben berichten, sondern müssen, wie schon Eingangs bemerkt, eine neue Lohnverminderung feststellen. Die Arbeiter der Schuh-fabrikation werden diesmal beglückt, und zwar durch folgenden Ufas:

Nachstehende Akkordsätze treten am 11. Januar 1897 in Kraft. Für Arbeit Nr. 49 (hinten die Enden abschneiden) pro 100 Paar 12 Pfg. (früher 20 Pfg.). Für Arbeit Nr. 4 (einteilige Blätter ohne Besatz mit Gummiband belegen resp. gummiern) pro 100 Paar 40 Pfg. (früher 50 Pfg.). Für Arbeit Nr. 5 (zweitheilig) pro 100 Paar 1,20 Mk. (früher 1,50 Mk.).

Harburg, den 6. Januar 1897.

Bereinigter Gummiwaaren-Fabriken Harburg-Wien (vorm. Menter) J. N. Reithoffer.

Danach sind die Lohnsätze um 40 bezw. 20 Prozent des bisherigen Verdienstes herabgemindert!! Wer bei dem früheren Lohnsatz 20 Mk. wöchentlich verdiente, der bekommt jetzt nur 12 resp. 16 Mk., während die 8 resp. 4 Mk. in den großen Dividenden sack fließen, und den nicht arbeitenden Herren Aktionären das Leben versüßen helfen. Die Arbeiter sind dagegen, wenn sie ihre Familien nicht verhungern lassen wollen, gezwungen, noch intensiver als bisher zu arbeiten, sich noch mehr abzuraden, ihre Lebenskraft noch rascher zu verbrauchen, als bisher. Und da giebt es noch Leute, welche bemüht sind, die Humanität der Fabrikleitung zu loben. Dieselbe hat nämlich einige sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen getroffen. Arbeiter welche 25 Jahre auf der Fabrik beschäftigt sind, erhalten einen Prozentsatz ihres bisherigen Verdienstes als Pension und was dergleichen Dinge mehr sind. Daß die Fonds, aus denen die Kosten dieser Wohlthaten bestritten werden, durch den zu Geld erzwallierten Schweiß der Arbeiter gefüllt werden, theilt man Letzteren nicht mit. Sie könnten ja dann so einflüchtig werden, um die „Wohlthaten“ auf ihren wahren Werth zurückzuführen zu können, und sich gegen die Lohnverminderungen zu sträuben. Das ist der Zweck der Wohlthaten; sie stellen das Pfälterchen dar, das man auf die Wunden legt, welche den Arbeitern durch den unzureichenden Lohn geschlagen werden.

Hand in Hand mit den Lohnverminderungen geht auch eine handgreifliche Abneigung gegen alle Forderungen, welche im Interesse der Arbeiterschaft notwendig erscheinen, der Fabrik aber Geld kosten. So sind z. B. für die 400 Arbeiterinnen obiger Fabrik nur 5 Metzger vorhanden, sodas, abgesehen von hygienischen Rücksichten, die Arbeiterinnen infolge langen Wartens oftmals 15–20 Minuten ihrer kostbaren Zeit verlieren, und was dergleichen Uebelstände mehr sind. Die durch derartige Verhältnisse unter den Arbeitern geschaffene, selbst die Kreise der kaufmännischen Angestellten ergreifende Unzufriedenheit wird durch die Wohlthaten nicht aus der Welt geschafft. Vor Allem werden die Arbeiterinnen und Arbeiter die Forderung aus der bewiesenen Wertheinschätzung ihrer Arbeitsleistungen zu ziehen wissen und sich der Organisation anschließen, welche die Wahrung ihrer Interessen vertritt.

Soziale Mundschau.

Der erste Bevollmächtigte der Zahlstelle Gimsbüchel, Kollege H. Klea, hat eine Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung erhalten. Zwei Mitglieder des Verbandes verrichteten Arbeiten, welche vor dem Streik von Hasenarbeitern verrichtet worden waren. Kollege Klea sah darin eine Schädigung der Interessen der Streikenden, unter denen sich ca. 200 Verbandsmitglieder befinden, und forderte in einer Verbands-Versammlung den Ausschluß der beiden Mitglieder. Ob die Anklage wegen des beantragten Ausschlusses, oder wegen der den Ausschluß begründenden Anschuldigungen des Kollegen Klea erhoben ist, das ist uns nicht bekannt geworden. Das letztere nehmen wir aber an. Denn laut Statut können nach § 7, Abs. b alle diejenigen Mitglieder ausgeschlossen werden, die sich Handlungen zu Schulden kommen lassen, welche dem Interesse des Verbandes entgegenwirken. Die Handlungen der beiden waren solche, welche der genannte Abs. des § 7 meint, und Kollege Klea handelte in Wahrung berechtigter Interessen, wenn er den Ausschluß forderte. Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich mit den Bestimmungen des Statuts vertraut zu machen und kann sich kein Mitglied verletzen, wenn statutarische

Verstöße nach Maßgabe der statutarischen Bestimmungen geahndet werden. In der Angelegenheit steht am 1. Februar Termin an.

Widerum sind Tausende von Arbeitern durch Uebermuth der Fabrikanten auf die Straße geworfen worden, wo sie nun mit ihren Angehörigen über die herrlichste Welt- und Gesellschaftsordnung Betrachtungen anstellen können. In dem von 26 000 Seelen bewohnten Städtchen Weiskensfeld spielt sich der Kampf gegen den Wirtschaftsdiktatorismus kleiner „Stumms“ ab. Die Vorgeschichte ist folgende: Bei der Firma Blasig, Schuhfabrik, streikten 50 Zwiwer um eine Lohnerhöhung. Der Herr Blasig versuchte nun seine Konkurrenten scharf zu machen, damit er nicht zum Nachgeben gezwungen werden könne. Denn, so pläbte er vor seinen Mit-ausbeutern, gelingt es den Zwiwerkern, eine Lohnaufbesserung zu erlangen, so werden, durch den Erfolg er-muligt, auch die übrigen Arbeiter mit Forderungen an die Unternehmer herantreten und den heiligen Profit gefährden. Den Fabrikanten leuchtete diese Argumentation ein, ob wegen der ihr innewohnenden Logik oder von wegen des bösen Gewissens ist nicht zu ersehen, und kündigten ihren 2500 Arbeiterinnen und Arbeitern. In sieben Fabriken legten die Arbeiter die Arbeit sofort nieder. Eine am Montag, den 11. Januar, abgehaltene Versammlung beschloß, daß jeder Fabrikant durch eine Kommission seiner Arbeiter gefragt werde, ob er die Kündigung aufrecht erhalte; wenn ja, dann wollen die Arbeiter ihre Forderungen formulieren, wenn nein, die Arbeit unter den alten Bedingungen aufnehmen. Alle bisher gepflogenen Verhandlungen sind resultatlos gewesen, darum wird der Kampf weitergeführt.

Eine Erhöhung der Beiträge hat der Deutsche Holzarbeiterverband durch Uraabstimmung beschlossen. Vom 1. Januar l. J. beträgt der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder 20 Pfg. (früher 15 Pfg.). An der Abstimmung beteiligten sich 22 142 Mitglieder. Davon stimmten 12 044 für 20 Pfg. Beitrag, 2513 für 25 Pfg. Beitrag; gegen jede Erhöhung 8000 Mitglieder. Der Wochenbeitrag für weibliche Mitglieder bleibt der bisherige, da nur 8497 Mitglieder für eine Erhöhung desselben eintraten.

Der Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat beschlossen, der nächsten Generalversammlung, die in Braunschweig abgehalten wird, folgenden Antrag zu unterbreiten: „Den wöchentlichen Beitrag für männliche Mitglieder auf 25 Pfg. und für weibliche Mitglieder auf 10 Pfg. zu erhöhen und unter Weibehaltung der bisherigen Leistungen des Verbandes für die ortsansässigen Mitglieder eine Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen.“

Die Durchführung des Antrages stellt sich der Vorstand so vor: Der erhöhte Beitrag wird von allen Mitgliedern vom 1. Juli 1897 an gezahlt und vom Vorstand von jedem Beitrag 5 Pfg. als Reservefonds für die Arbeitslosen-Unterstützung zurückgelegt, so daß, sofern im Jahre von jedem Mitgliede 52 Wochen voll bezahlt werden, am 1. Juli 1898, ohne die etwaigen Zinsen, bei 40 000 Mitgliedern 104 000 Mk. als Reservefonds vorhanden sind. Am 1. Juli 1898 tritt für alle Mitglieder, die an diesem Tage 52 Wochen lang den erhöhten Beitrag gezahlt haben und dem Verband ununterbrochen 52 Wochen lang angehören, die Arbeitslosen-Unterstützung in Kraft.

Die Arbeitslosen-Unterstützung beträgt pro Tag für männliche Mitglieder 1 Mk., für weibliche Mitglieder 50 Pfg. und darf in dem Zeitraum von 52 hintereinander folgenden Wochen 30 Mk. für männliche und 20 Mk. für weibliche Mitglieder nicht übersteigen. Bei Arbeitslosigkeit, die weniger als 7 Tage dauert, wird Unterstützung nicht gezahlt. Zwecks Kontrolle der Arbeitslosen sind dieselben zur täglichen Meldung verpflichtet.

Sie sind überall gleich, die Herren vom Stamme Rimm, und gebrauchen immer dieselbe Ausrede, wenn es sich um Verkürzung der Arbeitszeit handelt. Das österreichische Parlament regte vor Kurzem an, den elfstündigen Normalarbeitstag auf zehn Stunden zu reduzieren. Der Zentralverband der Industriellen will aber den Beweis dafür erbringen, daß die Industrie darunter Schaden leide und hat deshalb eine Umfrage bei seinen Mitgliedern veranstaltet. Resultat: Erklärung gegen die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit. Motive: Verringerung der Produktion, die durch gesteigerte Arbeits-Intensität nicht wettgemacht werden könnte, Erhöhung der Produktionskosten, Erschwerung der Konkurrenz mit dem Auslande und schließlich wieder die alte „fittliche“ Bertheidigung langer Arbeitszeit, deren Verkürzung nur den Aufenthalt der Arbeiter im Wirthshaus verlängern würde! Doch ver-zehrstundentag, die auf Grund geräucher Erfahrungen für seine allgemeine Einführung eintreten, Beachtung. So haben drei Wiener Baumwollfabriken den Zehnstundentag schon seit Jahren in der Weise eingeführt, daß die Frühstücks- und Nachmittagspausen in Wegfall kommen und bloß eine einständige Mittagspause gehalten wird; eine Teplitzer Wollwaarenfabrik meldet, sie hätte den Zehnstundentag eingeführt und dadurch feinerer Nachtseide erlitten; die böhmische Eisenindustrie arbeitet schon lange bloß 10 Stunden täglich, wehrt sich aber gegen die gesetzliche Fixirung dieser Arbeitszeit. Bei internationaler Regelung wären vermuthlich die meisten Fabrikanten, ja selbst bei Einführung der gleichen Verkürzung der Arbeitszeit in Ungarn, wo kein Normal-Arbeitstag besteht, wäre eine nicht unbeträchtliche Menge österreichischer Fabrikanten für ein-jortschreitende Ermäßigung der Arbeitszeit zu ge-

Ein beneidenswertes „Gundeleben“. Tausende von Armen gehen in Winterfalte und Hungerknoth langsam zu Grunde und auf der anderen Seite wissen die Reichsten der Erde nicht, wo sie ihr Geld für den wahnsinnigsten Luxus wegwerfen müssen. Gundeleb-haberei gehört beispielsweise zum „guten Ton“. Die Londoner Heilsarmee-Zeitung „Social Gazette“ verbürgt sich in einer ihrer letzten Nummern für die Schtheit folgender Rechnung, die eine Dame jüngst einem fashionablen „Gundeschneider“ gezahlt hat:

Beschlagener Krager und Silber-Bracelet	17.—	Mk.
Sechs Nachthemden	12.—	„
Zwei Paar braune Schuhe	8.—	„
Zwei Paar Gummischuhe	8.—	„
Ein Rock für die Badereise	6,50	„
Ein Morgenrock	7.—	„
Ein Gesellschaftsanzug (goldbeschlagen)	30.—	„
Ein pelzgefütterter Ueberrock	20.—	„
Summa	108,50	Mk.

Korrespondenzen.

Barmbeck. Am Mittwoch, den 6. Januar, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Der 1. Punkt der Tagesordnung wurde mit Abrechnungen ausgefüllt. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab eine Einnahme von 728,85 Mk. und eine Ausgabe von 728,85 Mk.; die der Unterstützungs-Kommission eine Einnahme von 125,84 Mk. und eine Ausgabe von 21,70 Mk., bleibt ein Bestand von 104,14 Mk.; und die der Agitations-Kommission eine Einnahme von 461,92 Mk. und eine Ausgabe von 251,20 Mk., blei. Bestand 210,72 Mk. Unter Punkt 2, Situationsbericht vom Streik der Hasenarbeiter, schilderten die Kollegen W., G. u. B. den Stand der Hasenarbeiterbewegung und den augenblicklichen Zustand im Hamburger Hafen in sehr befruchtender Weise. Der Delegirte vom Gewerkschafts-Komitee forderte die Kollegen auf, so viel wie möglich beizutreten, wenn irgend angängig die Woche 2 Mk. Eine lange Debatte entspann sich über die Kollegen H., G. und S., in welcher Kollege H. Karzulegen verfuhr, daß das Zügelegen nicht mit zur Kesselreinigung gehört. Die Genannten haben diese Arbeit stets auf der Hamb.-Newporfer-Gummitammfabrik verrichtet, so auch während des Hasenarbeiterstreikes, und wurden darum von ihren Kollegen als Streibtrecher angesehen. In der Debatte hierüber gingen die Ansichten sehr weit auseinander. Die vorgenommene Abstimmung ergab jedoch, daß die Mehrzahl der Anwesenden in den Kollegen keine Streibtrecher erblickt. In dem weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Neuwahlen zweier Delegirten zum Gewerkschafts-Komitee, der Hilfskassirer und eines Fest-Komitees vorgenommen. Unter Punkt 6 der Tagesordnung wurde die Lokalfrage erörtert und beschlossen, vorläufig das alte Lokal beizubehalten, da der Kollege, welcher den Antrag auf Verlegung gestellt, nicht erschienen war. Der siebente Punkt wurde wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Der Antrag des Kollegen L., in 14 Tagen eine Extra-versammlung abzuhalten, wurde abgelehnt. Damit hatte die gut besuchte Versammlung ihr Ende erreicht.

Bergedorf. Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung wurde am 9. Januar in „St. Petersburg“ abgehalten. Nachdem das Ableben der Kollegen Meißner und Sievers durch Erheben von den Sigen geehrt, sprach der erste Bevollmächtigte über den Streik der Hasenarbeiter und Seelute in Hamburg, sowie über den Streik bei Thiel u. Söhne in Lübeck. Redner ersuchte die Mitglieder, ihre Schlußigkeit zu thun. Den Bericht vom Gewerkschafts-Komitee erstattete Kollege Krismansky. Bei der sich anschließenden Berathung der Statuten des Gewerkschafts-Komitee lief ein Antrag ein, nach welchem der § 5 dahin abgeändert werden soll, daß, während jetzt jede Gewerkschaft zwei Delegirte entsendet, künftig jede Gewerkschaft bis zu 100 Mitglieder zwei und dann für jede weiteren 100 Mitglieder einen weiteren Delegirten entsenden soll. Der Antrag gelangte zur Annahme. Von einer anderen Gewerkschaft ist der Antrag gestellt, die Beiträge zum Kartell zu erhöhen. Dem Antrage wurde nicht zugestimmt. Dagegen wurde beschlossen, zu beantragen, daß die Kartellkommission verpflichtet werde, zu geeigneter Zeit Extramarken auszugeben. Als Delegirte zum Gewerkschafts-Kartell wurden die Kollegen Krismansky und Stille, zu Stellvertretern die Kollegen Lipold und Döhler gewählt. Zu dem am 13. Februar stattfindenden Stiftungsfeste wurden noch drei Kollegen in das Fest-Komitee und vierzehn Kollegen als Tanzordner gewählt. Sodann wurden noch einige weniger wichtige Angelegenheiten erledigt.

Blumenau i. Schl. Die am 9. Januar im Lokale des Herrn Gastwirth Pohl abgehaltene Mitglieder-Versammlung war nur von 8 Personen besucht. Nachdem die Beiträge eingezogen und ein Mitglied aufgenommen worden, mußte der 2. Punkt, Vorschlägen der Bevollmächtigten und Revisoren, bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Unter Punkt „Verschiedenes“ entspann sich eine rege Debatte über den lauen Besuch der Versammlung, und es wurde beschlossen, daß der „Proletarier“ von jetzt ab nur in den Mitglieder-Versammlungen auszuliegen und in den dazwischen liegenden 14 Tagen beim 2. Bevollmächtigten abzuholen ist. Mitglieder, welche die Versammlungen nicht besuchen können, sind verpflichtet, sich durch einen Kollegen entschuldigen zu lassen, geschieht dieses nicht, so bleibt ihr Blatt beim 2. Bevollmächtigten zur Agitation. Eine Verpflichtung haben die Bevollmächtigten daher nicht mehr, den „Proletarier“ den Kollegen ins Haus zu bringen, wodurch den Mitgliedern nur die Faulheit gestärkt und der Versammlungsbesuch verschlechtert wird. Mitglieder, welche bis zur nächsten Versammlung die restirenden Beiträge bis zu zwei Monaten ohne Entschuldigung nicht bezahlt haben, werden bestimmt gestrichen. Wir ermahnen daher die Mitglieder dringend, zur nächsten Versammlung, welche am Sonnabend, den 6. Februar, Abends 8 Uhr, stattfindet, bestimmt zu erscheinen, damit wir das Vorschlagen der Bevollmächtigten und Revisoren vornehmen können.

Braunschweig. Eine öffentliche Versammlung der Handels-hilfsarbeiter tagte hier einige Tage vor Weihnachten mit der Tagesordnung: Die „Entwicklung und der Stand unserer Organisation und Stellung zu dem in Altenburg tagenden Kongreß der Handels-hilfsarbeiter.“ Als erster Redner führte Kollege Ohlendorf ungefähr Folgendes aus: Schon Ende der 80er Jahre hätten in einer Reihe von Städten allgemeine Organisationen der Hilfsarbeiter bestanden, nur die Bauarbeiter hatten speziell von den Andern getrennte Vereine. Um eine einheitliche Organisation zu schaffen, habe man den 1890 in Hannover stattgefundenen Kongreß der Bauarbeiter beschickt, leider sei dort die gewünschte gemeinsame Organisation aller Hilfsarbeiter nicht geschlossen worden. Im Einverständnis der Kollegen verschiedener Städte habe dann Kollege Lohrberg-Hannover einen Kongreß aller Hilfsarbeiter einberufen. Auf diesem seien alle Branchen, wenn man überhaupt von solchen reden wolle, vertreten gewesen, auch die Hausdiener. Dieser Kongreß beschloß, einen Zentralverein aller Hilfsarbeiter Deutschlands zu gründen. Die Zeitung „Die Einigkeit“, der Berliner Hausdiener gehörig, wurde als Publikationsorgan erklärt; trotzdem lehnten sich die Berliner nicht an die Beschlüsse des Kongresses und schlossen sich dem gegründeten Verbands nicht an. Der Verband gründete eine eigene Zeitung, den „Proletarier“, welcher den Mitgliedern gratis geliefert wird. Der Verband entwickelte sich immer mehr, heute hat er in 100 Zahlstellen 10 000 Mitglieder. Die Berliner Hausdiener fanden später in einigen Orten Vereine, deren Mit-

glieder lokalorganisiert bleiben wollten, und hielten mit diesen zusammen ihre Kongresse ab. So war bei uns dasselbe Verhältnis wie in verschiedenen anderen Branchen, z. B. bei den Maurern, es gab Zentral- und Lokal-Organisationen der Hilfsarbeiter. Bestenfalls erregte schon ein Beschluß des Halberstädter Kongresses die lokalorganisierten Hilfsarbeiter, nach welchem in zwei Jahren ein Zentral-Verein gegründet werden sollte, genau als wenn die lokalorganisierten Arbeiter einen Zentralverein gründen wollten, anstatt sich dem bestehenden anzuschließen. Den besten Beweis liefern die Lokal-Vereine in Königsberg, Magdeburg, Götting und anders. Unter dem Namen Handels-Hilfsarbeiter sind dies Lokal-Vereine aller Hilfsarbeiter; wenn diese sich zu einer Zentral-Organisation zusammenschließen, so gründen sie einen allgemeinen Hilfsarbeiter-Verband, wenn auch unter anderem Namen. Gegen eine derartige Zersplitterung gebietet uns die Pflicht, Front zu machen. Bedner ist der Ansicht, alle Kollegen, ob sie augenblicklich Hausdiener oder Fabrikarbeiter sind, gehören in den bestehenden Verband. Wer heute seine Stellung als Hausdiener verliert, ist froh wenn er recht bald in einer Fabrik arbeiten kann. Von einem Berufsfache der Hausdiener, kann keine Rede sein. Wenn nun die Kollegen welche augenblicklich als Hausdiener beschäftigt werden, an einigen Orten der Meinung sind, unter sich bleiben zu müssen, trotzdem aber zentralisiert sein wollen, so mögen sie sich Sektionsweise dem bestehenden Verbande anschließen. Der Kongress ist nur einberufen, um einen Zentralverein zu gründen, hiergegen müssen wir protestieren. Kollege Studud meint, auf dem Kongresse könne keine Veränderung der Organisation vorgenommen werden, es sollten dort nur die Streitigkeiten geschlichtet werden; der Kongress müßte beschickt werden, damit die Stänkereien der Berliner und Hamburger aus der Welt kämen. Kollege Hantelmann ist derselben Ansicht, schriftliches Protestieren nütze nicht, es müßte jemand dort hingefahren werden, der mit aufräumen hilft. Die Kollegen Gelfe, Witte, Voßmann, Heider und Warenholz sprechen im Sinne Ohlendorfs und gegen Beschickung des Kongresses, welches auch abgelehnt wird. Das Bureau wurde beauftragt eine energische Protest-Resolution an den Kongress zu senden.

Silber. In der am 30. Dezember verfloffenen Jahres-Abgeordneten Mitgliederversammlung sprach Kollege Klinger über den Streit der Hafenarbeiter, nachweisend, wie dieser das ganze öffentliche Interesse beanspruchende Kampf nicht das Ganze von Sehern, sondern aus ganz natürlichen Gründen entsprungen sei. Daß es den Unternehmern um den Frieden mit den Arbeitern nicht zu thun sei, bewiese der scharf zurückgewiesene Senatsvorschlag, nach welchem ein Schiedsgericht über die streitigen Punkte verhandeln sollte. Die Absicht der Heber sei, die Arbeiter zur bedingungslosen Unterwerfung zu zwingen und die Organisation zu sprengen. Dagegen gelte für die Arbeiter nur ein Wahlspruch, und der laute: alle Kräfte ansetzen, um den kämpfenden den Sieg zu ermöglichen. — Als Revisor kam Kollege Otte in Vorschlag. Unter „Verschiedenes“ führte Kollege Schirr aus, daß Hüfmeier unter Klageandrohung verlangt habe, er solle die in verschiedenen Versammlungen gemachten, auf das Verhalten Hüfmeier's im Arbeiter-Sängerbund Bezug nehmenden Ausführungen zurücknehmen und eine Ehrenklärung im „Hamburger Echo“ erlassen. Darauf sei er mit einer Kommission zusammen gewesen und habe sich mit dieser über eine zu veröffentlichende Erklärung verständigt, des Inhalts, daß Hüfmeier sein Schuldkonto beim Sängerbund abgetragen habe. Die Aufnahme der Erklärung sei aber vom „Hamburger Echo“ verweigert worden. Kollege S. meint, daß der Kollege Schirr gar keine Veranlassung gehabt hätte, sich mit einer Kommission einzulassen, die Schuld Hüfmeier's sei genügend erwiesen. In ihrem weiteren Verlaufe beschäftigte sich die Versammlung mit Angelegenheiten lokaler Natur.

Frankenthal. Am Sonntag, den 17. Januar, fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle statt, in welcher Genosse Schöb in 1 1/2 stündiger Rede über: „Die wirtschaftliche Lage“ Folgendes ausführte. Die wirtschaftliche Lage sei eine Folge der Produktionsverhältnisse; das heutige Produktionssystem sei das kapitalistische. Es zeichne sich dadurch aus, daß es ihm gelungen, Naturkräfte, Wasserkraft, Dampf, Elektrizität in den Dienst der Gütererzeugung zu stellen, daß aber alle Erzeugungsmittel und Werkzeuge in dem Privatbesitz Einzelner sich befänden. Die Kapitalistenklasse sei dadurch in den Vollbesitz der wirtschaftlichen und politischen Macht gelangt. Zur Befestigung und Ausnutzung dieser Macht organisiere sich die besitzende Klasse, und diese Thatsache zwingt auch die Arbeiterklasse zum Zusammenschluß. Leider sei es nur zu wahr, daß ein großer Theil der Angehörigen der arbeitenden Klasse der Vereinigung die nötige Aufmerksamkeit nicht schenkte. Der Redner geht auf eine Schilderung der Aufgaben der gemerkchaftlichen Organisation über und behandelt die Klassenlage der Arbeiter unter Anführung vieler Beispiele, welche sehr zum Denken Veranlassung geben. Welchen Faktor die Arbeitskraft im Wirtschaftsleben bildet, bewies der Redner an dem Hamburger Hafenarbeiterstreik, der so weite Kreise in Mitleidenhaft ziehe und der einer nicht geringen Anzahl von Gewerbetreibenden den wirtschaftlichen Bankrott bringe, sobald die Bodenlosigkeit der Unternehmer nicht aufhöre.

Gevelsberg. Auch hier hat sich den Kollegen die Ueberzeugung aufgedrungen, daß zur Wahrung ihrer Interessen eine Organisation notwendig ist. Nachdem schon vor wenigen Wochen 10 Kollegen sich zum Beitritt bereit erklärt hatten, fand am 17. Januar eine Versammlung statt, in der Kollege Otte, Kolbe, über die Lage der Arbeiter referierte. Nach dem Vortrage, welcher die Arbeits- und Lohnbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter in vortrefflicher Weise schilderte, nahm Kollege Brandau aus Hagen das Wort, um über die Gründung einer Zahlstelle des Verbandes zu sprechen. Die Versammlung beschloß, die Gründung zu vollziehen und brachte die zur Leitung notwendigen Personen in Vorschlag. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. Wir wollen arbeiten, daß der ausgegrenzte Samen hundertfältige Frucht trage.

Hamburg. Am 8. Januar tagte unsere Mitglieder-Versammlung in der „Concordia“. Ueber den Hafenarbeiterstreik referierte Genosse Stimmel, welcher den falschen Darstellungen der gegnerischen Presse gegenüber entgegentrat, die wahren Ursachen des Ausstandes, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter kennzeichnete. Die eingehenden Ausführungen über Entwicklung und seitherigen Verlauf des Streiks sind bekannt, so daß eine Wiedergabe derselben unterbleiben kann. Unter Punkt 3 der Tagesordnung beantragte Kollege Siller, den Kollegen Hüfmeier weiter als Mitglied anzuerkennen. Der Fall sei von einer Kommission untersucht und diese habe etwas Befriedigendes, welches den Ausschluß rechtfertigen könnte, nicht gefunden. Der Antrag wurde mit Mehrheit der Stimmen angenommen. Ein Antrag, den Bevollmächtigten für jede Sitzung 50 Pf. Entschädigung zu gewähren, ward angenommen. Kollege Arens stellte den Antrag, daß unsere weiblichen Mitglieder 50 Pf., die männlichen 1 Mk. pro Woche zur Unterstützung der streikenden Hafenarbeiter leisten sollen. Der Antrag wurde angenommen. Dem zweiten Bevollmächtigten ward die Ermächtigung erteilt, ein Bloßbuch anfertigen zu lassen. Für ein Verbandsmitglied, das in Marne wohnte, hier aber arbeitete und verstarb, wurden zur Stiftung eines Kranzes und Todesanzeige 10 Mk. bewilligt. Nach vollzogener Wahl der Hilfskassirer wurde die Versammlung geschlossen.

Hamm. Die letzte Mitgliederversammlung tagte am Dienstag, den 12. Januar, im Lokale des Herrn Sieberling. Der Genosse Martienßen referierte über: „Gewerbeordnung und Gewerbegerichte“. Bedner betonte die Vorteile der Gewerbegerichte bei denen der Gang des Prozesses ein rascher, die Kosten geringer als bei den ordentlichen Gerichten seien und die Revisoren aus Arbeitgebern und Arbeitern beständen. — Die Abrechnung vom 4. Quartal 1896 ergab eine Einnahme von 346,30 Mk.,

davon wurden 236,80 Mk. an die Verbandskasse gesandt. Nach einer Besprechung des Hafenarbeiterstreiks beschloß die Versammlung, an dem ersten Beschlusse des Kartells, welcher die Zahlung eines wöchentlichen Beitrags von 1 Mk. empfiehlt, festzuhalten. Den Hilfsarbeitern wird es schwer, bei ihrem geringen Verdienste mehr zu zahlen. Der Kollege Lang hatte den Kollegen Schweiger als Streikbrecher bezeichnet; diese Bezeichnung war, was auch Kollege Lang einwarf, unbegründet und wurde von demselben widerrufen. Der Fall gab dem 1. Bevollmächtigten zu der Mahnung an die Mitglieder Veranlassung, nicht in jedem Menschen, der einmal am Hafen gesehen werde, gleich einen Streikbrecher zu mitteln und nicht eher ein Urteil zu fällen, bis man sich erst genügend über die Berechtigung derselben unterrichtet habe. An Stelle des seitherigen Kartell-Delegierten, Kollegen Dürckopp, wurde der Kollege Thomsen gewählt, als dessen Stellvertreter Kollege Opp. Als Hilfskassirer die Kollegen Salmann und Burmeister, als Türkontrollen Kollege Engelke.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen tagte am 6. Januar im Lamprecht'schen Lokale, am Karnap. Genosse Grünwaldt aus Hamburg hielt einen Vortrag über Arbeitsversicherung. Er wies u. A. darauf hin, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung immer brennender werde, da in Folge unserer schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse die Zahl der Arbeitslosen immer mehr zunehme. Durch die letzte Volkszählung im Dezember 1895 ist ermittelt, daß hauptsächlich in den größten Städten eine ungeheure Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist, obwohl die Zeit für die Aufnahme einer solchen Statistik nicht günstig war. Um nun diese gefährlichen Erscheinungen in der bürgerlichen Gesellschaft zu verdecken, will man Arbeitslosenversicherungen einführen. Der Arbeiter sollte sich selbst helfen, indem er, wenn er arbeitet, hohe Beiträge zahlt, um dann während der Arbeitslosigkeit eine kleine Unterstützung zu bekommen. Bedner schließt damit, daß wir alle diese Vorschläge wohl zu prüfen hätten, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Eine wirkliche Verminderung der Arbeitslosigkeit könne am besten durch Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführt werden, diese müßten die Arbeiter zu erkämpfen suchen. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine interessanten Ausführungen. — Ueber den Streit der Hafenarbeiter sprach Genosse Martens. Er schilderte die Entstehung des Streiks und den bisherigen Verlauf desselben. Nachdem die Hamburger Heber aus wohlüberlegten Gründen den Streit zu einer Wachtage gestempelt hätten, sei die ganze Arbeiterschaft Deutschlands an diesem Kampfe interessiert. Aus allen Theilen Deutschlands und vom Ausland laufen Unterstützungsmittel für die Streikenden ein, die unerschütterlich feststehen. Der Kampf erfordere ungeheure Mittel. Bedner bittet daher, es an thätigster Unterstützung auch in Zukunft nicht fehlen zu lassen; hierzu wurde ein Antrag angenommen, wonach die Anwesenden sich verpflichten, pro Woche mindestens 50 Pf., wenn irgend möglich 1 Mk. für Unterstützung der Streikenden zu zahlen. Die Abrechnung des Vertrauensmannes ergab eine Einnahme von 2258,85 Mk., der eine ebenso große Ausgabe gegenübersteht. Nach Hannover sind 1502, — Mk. abgesandt. Der Rest von 756,85 Mk. ist im Auftrage des Vorstandes in Hannover hier zur Agitation verandt. Außerdem sind bei dem Vertrauensmann an freiwilligen Beiträgen 680,90 Mk. zum Fonds gegen Lohnreduktion eingegangen. Diese Summe wird antragend belegt werden. Die Abrechnungen wurden genehmigt. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden erfolgte mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung Schluß der Versammlung.

Homburg v. d. Höhe. In der am 11. Januar abgehaltenen Versammlung gab Kollege Gohse die Rechnungsablage vom 4. Quartal; auf Antrag des Kollegen Dessor wurde Entlastung erteilt. Den Bericht über die entfaltete Thätigkeit erstattete Kollege Wittlich. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, eine Gesangsabtheilung mit gemischtem Chor zu bilden, und eine Beihandkassette zu gründen. Als Kassirer der letzteren wurde Kollege Gabelbecker gewählt. Nach Schluß der Versammlung gingen die Kollegen Gohse und Wittlich mit einem zugereisten Kollegen zur Herberge bei Rappus, wo der zugereiste Kollege übernachtet wollte, aber nach der „Stadt Cassel“ verwiesen worden war, weil angeblich alle 12 Betten belegt seien. Eine nachträglich vorgenommene Untersuchung ergab, daß in fraglicher Nacht nur acht Fremde anwesend waren. Der Verkehrs-wirth machte ein Nachtlager zurecht.

Kelberg. Am Sonntag, den 17. Januar, tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokale des Gastwirths Hartwig, Proviantstraße 15. Unter Punkt 2 der Tagesordnung erstattete der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung. Da bei der Revision Alles in Ordnung befunden worden war, so wurde demselben Entlastung erteilt. Da der 2. Bevollmächtigte abreist, so hatte die Versammlung einen anderen Kollegen in Vorschlag zu bringen. Für diesen Posten kam Kollege Petrach in Vorschlag, und übernahm derselbe gleich die Wahrung der einschlägigen Geschäfte. Unter Punkt „Verschiedenes“ machte der 1. Bevollmächtigte die Mittheilung, daß die Alters- und Invaliditätsversicherung zur Rückzahlung derjenigen Beiträge verpflichtet sei, welche von im verfloffenen Jahre verstorbenen Versicherungspflichtigen geleistet worden seien. Im Allgemeinen würde angenommen, daß 5 Quittungsarten vollsteuert sein müßten, bis eine Föderation der Beiträge erfolge. Das sei ein Irrthum, es brauchten nur 5 x 47 Markten, also 235 eingelebt zu sein, oder wenn die Beitragspflicht durch Krankheit unterbrochen, die Beschickung darüber. Bedner zeigte den Weg, der zur Erlangung der eingezahlten Beiträge einzuschlagen sei.

Köthen. In der am Sonntag, den 17. Januar, abgehaltenen Mitgliederversammlung kamen zunächst die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Darauf erörterte die Versammlung die Gründung eines Unterstützungsfonds. Die endgültige Beschlußfassung bleibt der nächsten Versammlung vorbehalten. Die Karnevalszeit gab der Versammlung Veranlassung zur Prüfung der Frage, ob wir nicht auch ein Fest oder Konzert veranstalten wollten. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die heutige Versammlung ermächtigt die Bevollmächtigten und Revisoren, vorausgesetzt, daß genügend Kräfte und Material vorhanden sind, zur Abhaltung von Konzerten mit karnevalistischer Unterhaltung während der Dauer des Karnevals. Der finanzielle Ertrag ist dem zu gründenden Unterstützungsfonds zu überweisen“. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Lüneburg. Am 10. Januar tagte hier eine öffentliche Versammlung der ungelerten Arbeiter. Genosse Müller-Hamburg referierte über den Streit an der Wasserkannte, Ursachen und seitherigen Verlauf, die Stellung der Arbeitgeber und der Hamburger Polizei den Streikenden gegenüber gebührend beleuchtend. Der Streit lege aufs Neue klar, daß die Organisation der Arbeiter eine Nothwendigkeit sei. Ohne die Organisation wäre es gar nicht denkbar gewesen, die zur Unterstützung des Streiks benötigten Miethsummen aufzubringen. Im „Verschiedenes“ gaben die Zustände auf der hiesigen Cementfabrik Veranlassung zur Kritik; ferner wurde mitgeteilt, daß gegen den Verfaßer des jüngst verbreiteten Flugblattes Strafantrag gestellt sei.

München. Die Zahlstelle München hielt am 6. Januar eine Hauptversammlung ab. Der 1. Bevollmächtigte eröffnete die Versammlung mit einer ermahnenen Ansprache, auch zuwart mit größerer Thätigkeit unsern Looses zu kämpfen, und als dem Gründungsstage, gabte Thätigkeit. Es fanden zwölf Mitgliederversammlungen, und sieben öffentliche Versammlungen statt. Der folgende Punkt wies das Vorschlagen der Bevollmächtigten und Revisoren auf. Bis auf einen Revisor kamen

lauter neue Personen in Vorschlag. Beim 4. Punkt wurde einstimmig beschlossen, das Restaurant „Schützenhalle“, Ecke der Schießstätte und Stägerstraße, zum Abhalten der Versammlungen zu benutzen. Als Versammlungstag wurde der zweite Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, bestimmt. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den Hamburger Hafenarbeitern und den Kollegen in Lübeck je 25 Mk. aus der Kasse zu bewilligen. Eine Resolution, welche den Streikenden in Hamburg und Lübeck Sympathieen ausdrückt, fand einstimmige Annahme, desgleichen eine Resolution, nach welcher sich die Versammlung verpflichtet, der neuen Zeitung der Zahlstelle bei Ausbreitung unserer Ideen und Gewinnung neuer Mitglieder immer treu zur Seite zu stehen.

Schonungen. Am 20. Dezember vergangenen Jahres beschäftigte sich die Mitglieder-Versammlung mit Einkassieren der rückständigen Beiträge und Vorschlägen der Bevollmächtigten und Revisoren. Die seitherigen Bevollmächtigten wurden wieder in Vorschlag gebracht und drei Revisoren neu vorgeschlagen. Ein Vereinsthener wurde gegen eine Vergütung von 4 Mk. anstelle. Ein geplantes Langvergnügen fand den Beifall der Mitglieder nicht und wurde zur nochmaligen Besprechung an die Bevollmächtigten zurückverwiesen, worauf Schluß der Versammlung eintrat.

Weschele. Am 2. Januar sprach hier der Kollege Kießling über das Unfallversicherungsgesetz. Er legte den Zweck des Gesetzes dar, dabei auch das Alters- und Invaliditätsgesetz und das Krankentagegeld streifend. Bedner verbreitete sich über Berechnung und Festsetzung der Unfallrente, erläuterte den Instanzengang, welcher bei Erlangung einer Rente zu beschreiten ist. Die Zusammensetzung der Schiedsgerichte gab dem Redner Veranlassung zu kritischen Bemerkungen, weil derselben in heutiger Organisation mehr zur Wahrung der Kapitalisteninteressen neigten. In der Diskussion wies Kollege „Dde, Braunschweig, auf den Beitritt des „Proletariats“. Die „Schlichter der Arbeit“ hin und forderte die Kollegen und Kolleginnen auf, die Arbeiter-Versammlungen jeden Sonntag nach dem 1. Nachmittags, und jeden Sonnabend Abend nach dem 15. eines jeden Monats stattfinden lassen. Darauf stellte Kollege Lange folgenden Antrag: „Die Braunschweiger Agitationskommission wird ersucht, die in diesem Jahre stattfindende Konferenz am 2. Oftertage in Weschele abzuhalten.“ Nachdem Kollege Bode den Zweck der Kommission und der Konferenz klargestellt hatte, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Nach Schluß der Versammlung fand ein geselliges Beisammensein statt.

Wandebek. Die hiesige Zahlstelle hielt am Mittwoch, den 13. Januar, ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, in welcher der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung vom 4. Quartal vorlegte. Dieselbe wurde von den Revisoren für richtig befunden und auf Antrag derselben dem 2. Bevollmächtigten Decharge erteilt. Zu der Abrechnung wurde noch ausgeführt, daß trotz der regelmäßigen Einkassierung durch die Hilfskassirer noch viele Mitglieder mit ihren Beiträgen restiren, sodas in diesem Quartal wieder eine Anzahl Mitglieder ausgeschlossen werden mußten. Zum 2. Punkt: „Der Hafenarbeiterstreik“ nahm der 1. Bevollmächtigte das Wort. Derselbe schilderte in längerer Ausführung die Situation und bemerkte zum Schluß, daß sich auch aus unsern Reihen einige als Streikbrecher gebrauchen lassen. Auf Antrag wurden Schulz, Burmeister und Weins ausgeschlossen. In der Sache Jakobson und Oriein, soll eine Untersuchung stattfinden, weil Ersterer entschieden bestritt, den „Arbeitswilligen“ gemacht zu haben. Sodann wurde der Bericht vom Kartell entgegengenommen, aus welchem nichts Besonderes zu bemerken ist. Als Delegirte für das laufende Jahr wurden Martens und Wessell, als Stellvertreter derselben C. Stochause und Fr. Gores gewählt. Im „Verschiedenes“ wurde beschlossen, im Monat März einen Unterhaltungsabend in Hirschfelde abzuhalten. Nachdem noch einige innere Verbandsangelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung um 11 1/4 Uhr.

Wilhelmsburg. Am Sonntag, den 10. d. M., Nachmittags 4 Uhr tagte im Konow'schen Lokale unsere monatliche Mitglieder-Versammlung. Der erste Punkt der Tagesordnung, Vortrage, mußte ausfallen, weil der Bevollmächtigte es veräußert hatte, den Referenten zu bestellen. Als zweiter Punkt gelangte die Abrechnung vom 4. Quartal zur Verlesung. Diese ergab eine Gesamteinnahme von 306 Mk. Unterstützt waren 12 reisende Kollegen mit dem Betrage von 16,4 Mk. Der Verbandskasse sind 209,10 Mk. eingesandt und 80,86 Mk. der Lokalkasse zugeführt. Dem 2. Bevollmächtigten wurde Decharge erteilt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Vorschlägen eines ersten Bevollmächtigten, erklärte Kollege Alm, daß es ihm nicht länger möglich sei, seines Amtes zu warten, da er Nachts arbeiten müsse; hierauf wurde Kollege Scherwinski einstimmig als erster Bevollmächtigter in Vorschlag gebracht. Beim vierten Punkt, „Verschiedenes“, wurde das Verhalten des Kollegen Kunnert einer scharfen Kritik unterzogen. Ein Antrag auf Ausschluß wurde abgelehnt und ein zweiter, der verlangte, daß Kollege Kunnert Mitglied bleibe, doch im Laufe eines Jahres kein Amt bekleiden dürfe, wurde angenommen. Von der Abhaltung eines geselligen Abends wurde Abstand genommen bis der Streit sein Ende erreicht hat. Kollege Schulze wies auf die Notiz im „Volksblatt“ hin, nach welcher man auf der Volksmärkte verlangt habe, die Arbeiter sollten widerrufen, daß ihnen dort Hütze gemacht worden seien. Dieses Verlangen heiße, die Wahrheit auf den Kopf stellen. Da den Arbeitern mit Entlassung gedroht worden ist, so wurde beschlossen, daß die Zahlstellen-Zeitung am Freitag Abend eine Sitzung abhalten soll, um sofort die notwendigen Maßregeln ergreifen zu können. Falls Maßregelungen vorkommen sollten, ist sofort eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung einzuberufen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Wolfsk. Am 16. Januar hatten sich die hiesigen Mitglieder nach Erledigung der Beitragszahlung mit einem Unterstützungsgesuche des Kollegen B. zu befaßen. Derselbe war fünf Wochen krank, und weil er im Oktober von der Fabrik wegen Mangel an Arbeit entlassen worden, fand er auf einem Gutshof Arbeit, schied aber damit aus der seither angehörten Krankenkasse. Da er mit zahlreicher Familie ohne alle Baarmittel ist, so beschloß die Versammlung, ihm ein einmaliges Darlehen von 6 Mk. zu gewähren. Darauf gelangte ein Antrag des Kollegen Wegner zur Besprechung, demzufolge dem 2. Bevollmächtigten für seine Thätigkeit eine kleine Vergütung zu gewähren sei. Die Abstimmung bestimmte diese Vergütung auf 20 Mk. jährlich. Nach der Abstimmung ergaben sich aber große Meinungsverschiedenheiten, so daß die nächste Versammlung sich noch einmal mit der Sache beschäftigen wird. Der 1. Bevollmächtigte regte eine Unterstützung der Hamburger Hafenarbeiter an, der aber durch das hier verbreitete falsche, von uns für wahr genommene Gerücht, der Ausstand sei beendet, nicht Folge geleistet werden konnte. Nach einer Aufforderung des 1. Bevollmächtigten an die Mitglieder, im neu beginnenden Jahre muthig und treu für unsere Sache zu wirken, wurde die Versammlung geschlossen.

Berichtigung.

Aus Düsseldorf geht uns von dem Herrn F. W. Kerwig, Kesselschmiedemester auf der Fabrik in Firma Dürr u. Komp., zu den in Nummer 2 unseres Blattes geschilderten Vorgängen auf jener Fabrik eine längere Zuschrift zu, der wir, soweit sie eine Berichtigung der dort als Thatsachen geschilderten Vorkommnisse darstellt, Raum geben. Derselbe lautet: „Die zwei Kesselschmiede, Walter und Koch mit Namen, befanden sich an jenem Tage, an welchem sich der Vorfall ereignete, in einem arbeitsunfähigen Zustande; nur wollten sie ohne Kündigungsfest entlassen werden, und als ihnen dies nicht glücken wollte

erregten sie Ärger und hielten ihre Kollegen durch Schnaps anbieten auch noch von der Arbeit ab. Hieraus aufmerksam gemacht, weist der Meister denselben in aller Ruhe die Thüre. Während sie gingen, wurde von einem Arbeiter Namens Schorn und von dem Portier der Fabrik bemerkt, daß Walter ein offenes Messer in der Tasche gehabt. Nachmittags kamen die beiden Genannten in derselben Verfassung wieder und es entstand wiederum ein furchtbarer Ärger. Hieraus suchte der Meister mehrere Male dieselben zu veranlassen, da er sah, daß es besser sei, sie gleich zu entlassen, um die Ruhe in der Fabrik nicht zu gefährden, daß sie sich ihr Geld und Papiere von der Fabrik holen und das Werkzeug abgeben möchten. Die Weiden wurden aber frech, worauf der Meister sie am Arm faßte, im selben Augenblick zog Walter das Messer. Die Söhne des Meisters, welche dem Vorfall zugehört, sprangen herbei und faßten Walter. Dieser suchte nun die Treppe zu dem Komptoir zu erreichen, stach hierbei aber nach dem ältesten Sohne und ward nun von letzterem zu Boden geworfen. Der jüngste der beiden Söhne, welcher gegangen war, die Polizei zu holen, wurde bei seiner Rückkehr von dem Schmied Hoppe gefaßt und ohne jede Veranlassung geschlagen. Der Sohn des Meisters aber blieb ruhig und hielt Hoppe die Hände fest, wobei letzterer ihm den Kopf zerbrach. Der Meister versuchte den Hoppe von seinem Sohne loszureißen, was ihm auch gelang. Hierauf forderte er ihn auf, die Fabrik zu verlassen, worauf Hoppe mit dem Hammer drohte, sich aber beruhigte, nachdem die Polizei herbeigekommen. Diesen Vorgang kann ein großer Theil der Arbeiter der Fabrik bezeugen, und sieht mit dem unter dem 16. d. M. in Ihrem Blatte Aufgeführten ganz und gar in Einklang; auch ist hieraus zu ersehen, daß von Mißhandlung der Arbeiter gar keine Rede sein kann. (Folgt Unterschrift.) — (Wir können von keiner der beiden Schilderungen des Vorganges feststellen, welche die zutreffende ist. Wir wollen bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, die uns mit Zuschriften beehrenden Freunde zu ersuchen, nicht nach Erzähltem zu berichten, sondern sich über die den Schilderungen zu Grunde liegenden Dinge selbst Gewißheit zu verschaffen und sich streng in den Grenzen der Thatsachen zu halten. D. Red.)

Bekanntmachungen.

Der frühere 1. Bevollmächtigte der Zahlstelle Nienburg, eingetreten zu Nienburg am 9. Juni 1895, Buch-Nummer 5167, geboren am 29. Juni 1867 zu Wachs, hat sich aus Nienburg unter Mitnahme von Verbandseigenthum entfernt. Wer über den Verbleib des Genannten Auskunft zu geben vermag, wird um diese ersucht, damit wir gegen den Herrn das gerichtliche Verfahren anhängig machen können.

Trotz eindringlichster Mahnung sind erst circa 40 Abrechnungen vom 1. Quartal eingelaufen. Wir ersuchen noch einmal, unter Hinweis auf die unaussprechlichen Folgen, um sofortige Einfindung der Abrechnungen und der nach § 15, al. 2 dem Verbandszustehenden Gelder.

Das Buch Nummer 09115 auf den Namen Friedrich Kellermann, geboren am 26. März 1866, wird für ungültig erklärt.

Aug. Brey.

Aufruf an die auf der Hamburger Konferenz vertretenen Zahlstellen!

Kollegen! Es sind nun bereits vier Monate seit der letzten Konferenz verfloßen, die Agitations-Kommission hat ihre Thätigkeit aufgenommen, aber bis jetzt ist noch von keiner Zahlstelle materielle Beihilfe erfolgt. Kolleginnen und Kollegen! Wir ersuchen hiermit dringend, die Kommission zu unterstützen. Die Zeit verstreicht, und wir sind sonst in der unangenehmen Lage, mit leeren Händen im nächsten Herbst vor die Konferenz treten zu müssen. Am guten Willen unsererseits fehlt es nicht, nur die Kollegen der betreffenden Orte ersuchen wir dringend, uns durch Uebersendung von Adressen solcher Orte, wo eine Agitation wünschenswerth erscheint, zu unterstützen; und worauf wir nochmals zurückkommen: die Hauptsache ist materielle Unterstützung. Zuschriften und Briefe sind zu richten an: H. Sach, Borstelmannsweg 182, Hs. 4, II. Gelder sind zu senden an G. Ahrens, Eichholz 86 II, pr. Ahr. v. d. Reith, beide in Hamburg. In der Hoffnung, daß diese Zeilen nicht unnütz geschrieben und die Kollegen in den betreffenden Orten sich nunmehr der Kommission erinnern werden, zeichnen

Mit kolleg. Gruß
Die Agitations-Kommission.
J. A.: Carl Hoffmann,
Barmbeck.

An die Mitglieder der Zahlstelle Braunschweig.

Laut Versammlungsbeschlus werden Listen herausgegeben, und sind unsere Mitglieder moralisch verpflichtet, pro Woche 50 Pf. zu geben für unsere im Kampfe stehenden Kollegen. Wir fordern die Mitglieder auf, sich thätig an den Sammlungen zu betheiligen.

Gleichzeitig werden unsere Mitglieder ersucht, mehr Interesse an unserer guten Sache zu betheiligen und die Versammlungen pünktlicher und zahlreicher zu besuchen, damit wir das werden, was wir waren: die stärkste Organisation am Orte.

Für die Bevollmächtigten:
Karl Bode.

An die Arbeiterschaft Deutschlands.

Arbeitsbrüder! Wie Ihr alle wißt, befinden sich seit Anfang Oktober die Arbeiter des Emailirwerks von Carl Thiel u. Söhne im Ausstand. Muthig hat seitdem die Masse der Kämpfer ausgehalten und noch immer ist kein Ende des Ausstandes zu sehen.

Das Lübecker Unternehmertum ist sehr verwundert über die Solidarität der Ausständigen und der Lübecker Arbeiterschaft. Es hat daher fürchtbare Mache geschworen. Sämtliche Ausständigen, sowie Jeder, der sich weigert, Streikbrecherarbeit zu verrichten, sollen in Lübeck keine Arbeit wieder erhalten.

Aus Hungern also will das Proletariat die kämpfenden Brüder. Nun wohl! Ihr alle, Arbeitsbrüder in Deutschland, könnt den Ausständigen in so fern hilfreich sein, als Ihr den Zugug von Arbeitern jeglichen Gewerkes nach Lübeck verhindert.

Arbeiter Deutschlands, haltet den Zugug nach Lübeck fern! Unterstützt uns, helft Euren kämpfenden Arbeitsbrüdern!

Das Streikkomitee.
J. A.: G. Schweizer.

In Lannhausen (Kreis Waldenburg i. Schl.)
sind die Weber, 260 an der Zahl, der Firma Mayer & Kaufmann in den Ausstand eingetreten. Die Forderungen bestehen in 1 Pfennig Zulage pro Meter für alle Sorten und die Erhöhung des Prämienfußes auf 10 Pfennig pro Markt. Bis jetzt erhielten die Weber bei einem vierwöchentlichen (?) Lohn von 24 Mark ab eine Prämie von 1,80 Mark. — Alle Kollegen werden gebeten, die kämpfenden Weber, welche unter dem sprichwörtlich gewordenen schlesischen Weberelend zu leiden haben, moralisch und materiell zu unterstützen.
Gelder sind an H. Pohl, per Adresse Herr Kaufmann Schmidt, Nieder-Wüstegiersdorf 11 bei Waldenburg i. Schl., zu senden.

Briefkasten.

Von W. C. Altenhagen, 15,30 Mk. empfangen.

Neue Adressen u. Adressen-Änderungen.

Dockenhuben und Umgeb. Paul Dreger, Dockenhuben.
Düsseldorf. Th. Jansen, Stoffelen 34.
Gevelsberg. Em. Habigt, Vieheweg.
München. G. Herr, Ragnereistraße 43, 1. Etage, links.
Nienburg. Fr. Eggerstedt, Wölperweg 701a.
Osterwedel. Herm. Sommer, Damm 10.
Stoßelsdorf und Umgeb. F. Heuer.
Wilhelmsburg. Ferd. Scherwinski, Vogelhütten-Deich 215.

Inserate.

Zahlstelle Bergedorf. [1,30 Mt.]

Am Sonnabend, den 13. Februar, findet im Vereinslokale „St. Petersburg“ (Wittve Wandtke) unser VI. Stiftungsfest verbunden mit Theater-Aufführung und Ball, statt. Hierzu ladet alle Kollegen freundlichst ein Anfang präzis 8 Uhr Abends. Das Festkomitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Bei Orten, wo eine andere Adresse bezügl. des Reisegeheimnisses nicht angegeben ist, gelangt dasselbe beim 1. Bevollmächtigten zur Auszahlung. — In jeder Versammlung werden Mitglieder aufgenommen und Beiträge erhoben.

M. = Mittags. N. = Nachmittags. Ab. = Abends. i. M. = im Monat.

Altenburg. Alle 14 Tage im Lokale „Zum bewährten Kaiser“, Giltgasse. Reisegeheimnis M. 12—1 Uhr, Ab. 7—8 Uhr.

Altenhagen. Sonntag, den 14. Februar, dann alle 14 Tage im Lokale des Herrn J. Ducht. **Barmbeck.** Jeden ersten Mittwoch i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei J. Klupp, Ede Friedr. und Feinheitsstraße. Verkehr bei W. Mierßen, Studentenstraße 50.

Bergedorf. Donnerstag, 18. Februar, Ab. 8 Uhr, im „St. Petersburg“. Reisegeheimnis Ab. 7—8 Uhr bei J. Brüggemann, hinterm Graben 17. Herberge und Verkehrslokal bei J. Bez, Töpferstraße 8.

Berlin. Jeden zweiten Donnerstag bei Herrn Neumann, Fajewalkenstr. 3. Reisegeheimnis von 5—6 Uhr N.

Berzburg. Alle 14 Tage, Sonnabends, Ab. 8 Uhr, im Thüringer Hof, Schulstraße. Reisegeheimnis M. 12—1 Uhr, Ab. 6—8 Uhr bei W. Simon, GutsMuthsstraße 60, 2. Et.

Bielefeld. Alle 14 Tage, Sonntags, N. 2 Uhr, im Büchsenlokal.

Bismarck i. Schl. Den ersten Sonnabend i. M., Ab. 8 Uhr.

Bodenheim. Alle 14 Tage, Montags, Ab. 8 1/2 Uhr, zur Balkhalla, Kirchstraße 9. Reisegeheimnis M. 12—1 Uhr, Ab. 7—8 Uhr.

Borb. Jeden ersten Sonntag i. M., N. 4 Uhr, bei Herrn F. Siebers, Ederstraße.

Braunschweig. Am 2. Februar, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Oes, Alte Knochenhauerstr. 11. Reisegeheimnis das.

Burgel a. M. Reisegeheimnis Ab. 6—8 Uhr.

Cassel. In jedem zweiten Sonnabend i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, und jeden letzten Sonntag i. M., N. 4 Uhr, sowie Zahlabend jeden Sonnabend, Ab. 8—9 Uhr, im Lokale von A. Schmidt, Schäfergasse 3. Herberge daselbst. Reisegeheimnis beim Kollegen W. Reichardt, Schäfergasse 15, Hof, 2. Et., Ab. 7—8 Uhr.

Celle. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. i. M., Ab. 8 Uhr, Kneipestraße 2. Daselbst Herberge und Verkehr und Reisegeheimnis Ab. 7—8 Uhr.

Danzig. Jeden Sonnabend von 6—10 Uhr Ab. Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Reisegeheimnis bei J. Hartung, Krammhamm 57, I.

Darmstadt. Alle 14 Tage, Sonntags, N. 3 Uhr, im Wenzels Hotel. Daselbst das Reisegeheimnis durch Herrn Bielefeld.

Delitzsch. In Stadlachs's Salon, Lützenburgerstraße, Ab. 8 1/2—9 1/2 Uhr. Herberge zur Stadt Braunschweig, Leipzigerstraße 24. Reisegeheimnis bei W. Drechsler, Kochmeisterstraße 41.

Dessau. Verkehr im Lokale des Herrn Gehausen, Marktstr. 81. Reisegeheimnis 7—8 Uhr.

Gilbeck. Am letzten Mittwoch i. M. bei Pfeiffel, Wandbeker Chaussee 162.

Glimshorn. Reisegeheimnis M. 12—1 Uhr und Ab. 7—8 Uhr bei Großmann, auf dem Flammwege 39. Daselbst Verkehr und Herberge und jeden ersten Sonntag i. M. Versammlung.

Großheim. Reisegeheimnis bei Andreas Diem, Langestr. 38.

Glensburg. Jeden ersten Dienstag i. M. im „Mühlenterrassen“ und am ersten Donnerstag nach dem 15. eines jed. Mon. im „Hofsteinischen Hause“.

Frankenthal. Verkehrslokal bei Kollege Kummel, Gasthaus „Zum Rosenkranz“.

Frankfurt a. M. Reisegeheimnis Ab. 8—10 im Restaurant Steckenreiter, am Börneplatz 9.

Gesehacht. Am 31. Januar, N. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Peterßen.

Gevelsberg. Sonntag, den 31. Januar, N. 4 Uhr.

Glückstadt. Jeden letzten Sonnabend i. M. im Lokale des Herrn Chr. Wint, am Markt.

Gagen i. W. Alle 14 Tage, Sonntags, N. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kappe, am Markt. Herberge bei Gastwirth Tendam, Wehringhauserstraße 1. Reisegeheimnis Ab. 7 Uhr.

Gagen-Elbecke. Jeden ersten Sonntag i. M., N. 3 Uhr, bei C. Schaake, Seelbekerstraße 200. Daselbst Verkehrslokal.

Gaisb. Jeden dritten Sonntag i. M., M. 12—2 Uhr. Reisegeheimnis Ab. 7—8 Uhr.

Gallersb. Jeden zweiten Sonntag i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei J. Bollmann, Münchener Bierhalle, Gerberstraße 15. Reisegeheimnis das. 9—12 Uhr Sonn. 2—3 Uhr N. Zentralherberge der Gewerkschaften Kornstraße 6, bei Ahrenhold.

Hamburg. Reisegeheimnis in der Herberge und Verkehrslokal bei A. Jid, Rosenstraße 37.

Hann. Jeden zweiten und dritten Sonntag i. M. bei Herrn Kardinal, Baustraße 3. Daselbst Verkehrslokal.

Hann b. Hamburg. Jeden zweiten Dienst. i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Sieberling, „St. Petersburg“.

Hann. Jeden 2. und 4. Sonnabend, Ab. 9 Uhr, im Lokale zum „Kümmelberg“. Daselbst jeden Sonnabend von 9 Uhr ab Erhebung der Beiträge. Reisegeheimnis M. 12 1/2—1 1/2 Uhr bei H. Guch, große Dehaneigasse 11. Herberge im Gasthaus zur „Stadt Frankfurt“.

Hannover. Reisegeheimnis wird Burgstr. 9, Expedition des „Volkswillen“, ausbezahlt.

Harzberg. Reisegeheimnis wird bei Herrn Lamprecht, Ratnay 19, ausbezahlt.

Haye i. W. Reisegeheimnis bei Herrn Bernhard Jochim, Ködingerstraße 3. Versammlung bei Daniel Frohn, Ködingerstr. 1.

Helmstedt. Jeden ersten Sonntag i. M., N. 4 Uhr, im „Lindenhof“ (auf dem Goldberg). Daselbst Verkehr und Reisegeheimnis.

Hemlingen. Reisegeheimnis Ab. 7—8 Uhr bei Karl Gajna, Hemlingen, Ludwigsstraße 34. Verkehrslokal bei Witte Lübben in Sebaldsbrück.

Hilberheim. Jeden zweiten Sonntag i. M. bei Gastwirth August Wolf, Amtestraße. Das Reisegeheimnis wird daselbst von 6—8 Uhr Ab. ausbezahlt, ebenda befindet sich die Herberge.

Höhu. Reisegeheimnis Ab. 7—8 Uhr.

Homburg v. d. S. Verbandsherberge befindet sich in „Stadt Cassel“. Reisegeheimnis von 7 bis 8 Uhr Ab. bei R. Wittlich, Louisestraße 7.

Inch. Jeden letzten Sonnabend im Monat. Reisegeheimnis M. 12—1 Uhr, Ab. 7—8 Uhr.

Kellinghufen. Jeden zweiten Mittwoch i. M. Reisegeheimnis bei Frau Soht, Fernsichtstraße.

Kelsterbach a. M. Herberge im Lokale „Zum Löwen“. Reisegeheimnis bei S. Mohr, Neue Kelsterbachstr. 35, Abends 7—9 Uhr.

Kleeberg. Jeden ersten Sonntag und jeden Sonnabend nach dem 15. i. M. bei v. Storren.

Köln. Regelmäßig alle 14 Tage, Sonntag Vorm. 11 Uhr, bei Wirth Weibus, Kämmergasse 18. Reisegeheimnis in der Woche, M. 12—1 Uhr, bei Johann Albers, Moselstraße 118, Sonntags, M. 12—1 Uhr, bei Weibus, Kämmergasse 18.

Kolbermoor. Verkehr: „Gasthaus zur Restauration“. Versammlung alle 14 Tage ebenda. Das Reisegeheimnis bei Kollege Wurm, neben der Bernwiederischen Ziegelei.

Kostheim. Jeden ersten und dritten Sonntag i. M., N. 3 Uhr, im Vereinslokale. Reisegeheimnis bei Kollege Ph. Schröpfer, Wilhelmstr. 10. Ab. 7—8 Uhr.

Lauffen. Verkehr im Lokale „Zum Adler“.

Langenfelde-Stellingen. Wegen Erkrankung des 1. Bevollmächtigten sind bis auf Weiteres alle Anträge u. f. w. an den 2. Bevollmächtigten, Kollegen F. Böh, Kielerstr. 21, zu richten. Herberge bei P. Weyer, Altona, Ede Wilhelm- und Hospitalstraße.

Lübeck. Jeden zweiten Dienstag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats im Lokale des Herrn Leese, Leberstraße 3.

Lüneburg. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. i. M. Reisegeheimnis bei Straßberger, Untere Schranzenstraße.

Ludwigshafen. Verkehrslokal bei Joh. Ph. Schreiner, Friesenheimerstraße 24. Reisegeheimnis daselbst.

Magdeburg. Jeden zweiten Sonnabend. Zahlabend jeden letzten Sonntag i. M., Ab. 8 Uhr, im Lokale bei Herrn Maier, Fabrikstraße 5—6. Arbeitsnachweis und Herberge kleine Klosterstraße 15—16. Reisegeheimnis wird M. 12—1 Uhr und Ab. 8—9 Uhr beim 1. Bevollmächtigten ausbezahlt.

Mainz. Jeden Sonntag, N. 3 Uhr, nach Ergehen des „Proletariats“, im „Recht“, Kirchstraße. Herberge in der „Stadt Worms“, Kothe Kopfstraße. Daselbst Reisegeheimnis Ab. von 6—8 Uhr.

Mühlheim a. M. Verkehrslokal bei A. Rau, Zum Heiligen Hof. Daselbst Versammlung jeden zweiten Sonntag i. M. Reisegeheimnis bei M. Wedel, Deitshheimer Landstr. 6, Ab. 6—8 Uhr.

Mülheim a. Rh. Alle 14 Tage, Sonnt., Vorm. 11 Uhr, bei Herrn Meyer, Deutzerstr. 68. Reisegeheimnis daselbst.

München. Reisegeheimnis bei Kollege Schambarger, Karlsruherstr. 2, Et. r., N. 4—6 Uhr. Verkehrslokal für reisende Kollegen in der Zentralherberge, Rumpfenstr. 5. Das städtische Arbeitsamt befindet sich auf der Hofeninsel.

Nambrun. Alle 14 Tage im Lokale „Zum

Schwarzen Adler“. Reisegeheimnis bei Kollege Raabe, Marienmauer 22.

Neumünster. Verkehrslokal u. Herberge bei Kellermann, Bönerstr. Reisegeheimnis daselbst.

Nienburg a. W. Jeden ersten und letzten Sonnabend i. M.

Offenbach. Reisegeheimnis beim Kollegen W. Jost, Mittelstraße 36. Arbeitsnachweis das.

Reine. Verkehrslokal bei Chr. Hartenstein, Rosenhagen. Reisegeheimnis Ab. 7—8 Uhr.

Rinneberg. Jeden ersten Dienstag i. M. in der „Zentralhalle“.

Rotdam. Jeden Donnerstag nach dem 15. eines jeden Monats bei Herrn Glaser, Brandenburger Com. 16. Daselbst jeden Sonnabend von 8 1/2—10 Uhr Zahlabend. Reisegeheimnis beim 1. Bevollm. Ab. 7—8 Uhr.

Rendsburg. Verkehrslokal und Herberge für die Verbandsmitglieder ist die Zentral-Herberge, Grünestr. 2, daselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt vom Herbergsleiter.

Ridlingen b. Hannover. Sonntags, N. 4 Uhr, nach Ergehen des „Proletariats“ im Lokale „Zum Fischhof“.

Schiffbek. Am 6. Februar, Ab. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Bode. Reisegeheimnis an Wogenhagen Ab. 7 1/2—8 1/2 Uhr bei C. Eggers, Hamburgerstr. 62.

Schöningen. Reisegeheimnis wird M. von 12—1 Uhr und Ab. von 7 1/2—9 Uhr bei Joh. Pietsch, Waderstr. 6, ausbezahlt.

Schwonneken. Reisegeheimnis beim Kollegen G. Biegner, M. von 12 bis 1, Ab. v. 6 bis 7 Uhr.

Schwartau-Rensfeld. Jeden letzten Sonntag i. M., N. 4 Uhr, beim Gastw. A. Timm i. Schwartau.

Sonderburg. Jeden ersten Sonnabend i. M. im Lokale des Herrn Polthausen in Schölich.

Stade. Jeden ersten Sonntag i. M., N. 4 Uhr, Stoßelsdorf u. Umg. Letzten Sonntag i. M. bei F. A. Pantau, Fadenburg.

Usterien. Jeden ersten Mittwoch i. M. auf der Herberge bei Wader.

Wachelde. Jeden Sonntag nach dem 15. und 1. eines jeden Monats im Lokale des Herrn Siedentop in Wachelde.

Wandsbek. Jeden zweiten Mittwoch i. M. bei Dänke, Sternstr. 27. Reisegeheimnis daselbst.

Wedel. Jeden ersten Dienstag i. M., Ab. 7 Uhr, zur „Stadt Altona“, Wedel. Herberge bei F. Stühmer, Hinterstraße. Reisegeheimnis bei Herrn Friebe, Mühlentstraße. Beiträge werden jeden Dienstag Abend bei Gastwirth Behrmann, Schulau, entgegengenommen.

Werdohl i. W. Alle 14 Tage, Sonnabends, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokale der Wittve Kölling.

Wilhelmsburg. Jeden zweiten Sonntag i. M. Reisegeheimnis bei A. Riefmann, Rotes Haus.

Winterhude-Eppendorf. Jeden dritten Donnerstag i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Herrn Köllner, Lindenhof, Winterhude.

Wolfsau. Alle 14 Tage, Sonnabends, Ab. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Sprajtle, Schützenstraße. Reisegeheimnis M. 12—1 Uhr, Ab. 7—9 Uhr.

Wolfenbüttel. Jeden zweiten Sonnabend i. M. im Lokale des Herrn Ahrens, Hauptstr. 9.